

SYRIEN: WENN DER KRIEG ALLTAG WIRD



KILLERROBOTER
Denn sie wissen nicht, was sie tun

KOLUMBIEN
Frieden mit Hindernissen

Unsere Produkte werden nachhaltig, ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

DER SOMMER IST DA!

WEITERE ATTRAKTIVE PRODUKTE
FINDEN SIE IN UNSEREM WEBSHOP
SHOP.AMNESTY.CH



SCHWIMMSACK «WICKELFISCH»

Unser Schwimmsack hält beim Flussschwimmen Ihre Sachen trocken.

Art. 2200.082.D / Fr. 35.00



KEEPCUP

Der umweltfreundliche Kaffeebecher in neuem Amnesty-Design aus gehärtetem Glas.

Art. 2300.041 / Fr. 16.50

SIRUP «AMNESTY»



Handgemachter Sirup aus Bergquendel, Goldmelisse, Verveine.
0.35l.

Art. 2300.035.AI / Fr. 15.00

KINDERFLASCHE & ZNÜNIBOX

100% Schweizer Produktion, lebensmittelecht, weichmacherfrei, umweltfreundlich, zertifiziert.

Flasche: 0.33l
Znünibox: 16 x 12 x 6 cm

Art. 2300.042.BF / Fr. 16.50



BADETUCH

100% Baumwolle, in Extra-Länge: 75 x 160 cm.

Art. 2200.088 / Fr. 35.00

ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____
 Ort: _____ E-Mail: _____
 Tel.: _____ Unterschrift: _____
 Mitgliedernummer / Kundennummer (wenn bekannt): _____

Mitglieder der Schweizer Sektion von Amnesty International erhalten 10 Prozent Rabatt auf Publikationen und Boutiqueartikel, mit Ausnahme der Kerzen.

Bestellungen an Amnesty International, Postfach, 3001 Bern, oder auf shop.amnesty.ch

Titelbild

Ein syrisches Mädchen liest vor ihrem beschädigten Zuhause in Homs in einem Buch. April 2012.
© Reuters/Stringer

AKTUELL

- 4 **Good News**
- 6 **Aktuell im Bild**
- 7 **Nachrichten**
- 9 **Brennpunkt**
Hinrichtungen wegen Ablaufdatum

DOSSIER

Syrien: Wenn der Krieg Alltag wird



- 10 **Ein Land bricht auseinander**
- 12 **Das Ende der Revolution**
Interview mit dem Syrien-Experten François Burgat.
- 15 **Vernebelt im Krieg**
Die unmögliche Arbeit eines Reporters in Syrien.
- 17 **Beweise gegen alle Seiten**
Carla del Ponte über die Arbeit der Uno-Ermittlungskommission.
- 18 **Die Hoffnung zeichnen**
Der syrische Flüchtling Hani Abbas und seine Karikaturen des Krieges.
- 20 **Gewalt und Tabus**
Sexuelle Gewalt gegen Frauen als Kriegswaffe des Regimes.
- 22 **Dem Unfassbaren auf der Spur**
Wie Amnesty zum unzugänglichen Syrien recherchiert.

Impressum: «AMNESTY», Magazin der Menschenrechte, Nr. 90, Juni 2017. **Verantwortliche Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre.), Carole Scheidegger (cas., verantwortliche Redaktorin). **MitarbeiterInnen dieser Nummer:** Daniel Bax, Ulla Bein, Markus Bickel, Iris Bischoff, Nadia Boehlen, Boris Bögli, Beat Gerber, Sid Ahmed Hammouche, Hannah El-Hitami, Annette Hug, Julie Jeannet, Cristina Ruiz-Gonzalez, Carsten Stormer. **Korrektur:** Text Schmid, Muri b. Bern **Übersetzung:** Franziska Fausch, Lyss. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. **Die Mitgliederzeitschrift «AMNESTY»** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. **Redaktionsschluss der nächsten Nummer:** 23. Juni 2017. **Distribution:** «AMNESTY, Magazin der Menschenrechte» erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8). **Redaktionsadresse:** Magazin «AMNESTY», Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel.: 031 307 22 22, E-Mail: info@amnesty.ch. **Auflage:** 88000 (dt.).

www.amnesty.ch facebook.com/amnesty.schweiz twitter.com/amnesty_schweiz International: www.amnesty.org

THEMA

- 24 **Griechenland**
Eine Oase auf der Insel der Verzweigung



Die Lebensbedingungen sind für weibliche Flüchtlinge auf der griechischen Insel Chios besonders hart.

- 27 **Kenia**
Dadaab bleibt
- 28 **Waffen**
Kalte Logik der Algorithmen
- 30 **Ägypten**
Sisi unterdrückt, Aida wehrt sich
- 32 **Kolumbien**
Nur ein erster Schritt

KULTUR

- 34 **Buch**
Rätsel Eritrea
- 35 **Buch**
Grosse Träume
- 37 **Musik**
Rap against Rape
- 38 **Ausstellung**
Erlebtes nimmt Gestalt an

CARTE BLANCHE

- 39 **Annette Hug**
Lange Nächte mit Bingo

GOOD NEWS



Syrien. Was die Menschen dort durchmachen, können wir uns kaum vorstellen. Vor sechs Jahren gaben die friedlichen Demonstrationen Anlass zur Hoffnung, doch sie wurden schnell niedergeschlagen. Seither tobt

ein blutiger Konflikt. Die Demokratiebewegung von damals ist weitgehend von der Bildfläche verschwunden.

Das Schlachtfeld ist heute unübersichtlich. Dazu kommen die internationalen Akteure, die ihre Interessen verteidigen. Bezeichnend war einmal mehr, dass Anfang Mai nicht syrische Parteien, sondern Russland, der Iran und die Türkei eine Vereinbarung zur Einrichtung von Schutzonen unterzeichnet haben.

In unserem Dossier beleuchten wir Hintergründe dieses Konflikts. Welche Länder sind aus welchen Motiven involviert? Warum gibt es noch immer keine Anklage wegen Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof? Wie können Medienschaffende in Syrien überhaupt noch arbeiten und wie kann Amnesty International recherchieren? Am wichtigsten aber scheint mir: Was bedeutet der Krieg für die Menschen, die darunter leiden? Stellvertretend für diese erzählt der syrische Zeichner Hani Abbas, der in der Schweiz Asyl erhalten hat, seine Geschichte.

Hinter jeder Schlagzeile, hinter den erschreckenden Zahlen – 11 Millionen Vertriebene, fast eine halbe Million Tote, Zehntausende Gefangene und Gefolterte – stecken einzelne Menschen. Menschen, die wie wir in Frieden leben möchten.

Carole Scheidegger, verantwortliche Redaktorin



Sie hat Angriffe von Gangs, Mordversuche und Misshandlung im Gefängnis erlebt und setzt sich dennoch weiterhin unerschrocken für LGBTI ein: Karla Avelar.

Mutige Menschen

AUSZEICHNUNG I – Das sind die FinalistInnen für den Martin-Ennals-Preis 2017, der jährlich von zehn der wichtigsten Menschenrechtsorganisationen verliehen wird: FreeThe5KH aus Kambodscha, Karla Avelar aus El Salvador und Mohamed Zaree aus Ägypten. FreeThe5KH sind Ny Sokha, Yi Soksan, Nay Vanda, Lim Mony und Ny Chakrya – auch die «Khmer 5» genannt. Sie haben sich ihr ganzes Leben lang für Opfer von Menschenrechtsverletzungen eingesetzt und sassen deswegen über ein Jahr in Haft. Karla Avelar ist eine Transfrau, die auf den Strassen von San Salvador aufwuchs und sich trotz Diskriminierung, sexueller Ausbeutung, Vergewaltigung und Haft nicht unterkriegen liess; sie ist heute eine erfolgreiche Anwältin für die Menschenrechte von LGBTI. Mohamed Zaree schliesslich ist der Länderdirektor des Kairoer Instituts für Menschenrechtsstudien. Die einflussreiche Arbeit des Instituts führte zu Todesdrohungen gegenüber Mohamed Zaree. Während seine MitarbeiterInnen die Arbeit ins Ausland verlegten, blieb Zaree im Land, das er nun nicht mehr verlassen darf. Der diesjährige Martin-Ennals-Preis wird am 10. Oktober verliehen.

Botschafterin des Gewissens

AUSZEICHNUNG II – Amnesty ehrt die Künstlerin und Aktivistin Alicia Keys sowie VertreterInnen der kanadischen Bewegung «Idle no more» mit dem Ambassador of Conscience Award 2017. Er ist die höchste von Amnesty International verliehene Auszeichnung und geht an Menschen, die sich in aussergewöhnlicher Weise für die Menschenrechte engagieren.



Alicia Keys am WE Day 2017 in Kalifornien, an welchem junge Menschen ausgezeichnet werden, die sich lokal und global für soziale Themen stark machen.

Alicia Keys hat ihre Karriere als Musikerin und Künstlerin vielfältig für wohltätige Zwecke eingesetzt. Die mit ihr ausgezeichneten Mitglieder der Grassrootsbewegung «Idle no more» setzen sich für die Indigenen in Kanada ein, deren angestammte Rechte eingeschränkt werden und die noch heute unter vielfältigen Diskriminierungen leiden.

Klage fallen gelassen

THAILAND – Die thailändische Armee hat die Klage gegen drei MenschenrechtsaktivistInnen fallengelassen, darunter die frisch ernannte Präsidentin von Amnesty Thailand Porpen Khongkankiet. Zusammen mit den beiden AktivistInnen Somchai Homla-or und Anchana Heemmina sollte sie wegen mutmasslicher Diffamierung und Computerkriminalität angeklagt werden. Die drei hatten Online-Berichte veröffentlicht, nach denen die thailändische Armee und die Polizei in den südlichen Grenzprovinzen Personen gefoltert haben soll. Seit dem Staatsstreich von 2014 setzt die Militärregierung MenschenrechtsaktivistInnen unter Druck und schränkt die Meinungs- sowie Versammlungsfreiheit stark ein.

Unternehmen in die Pflicht genommen

FRANKREICH – Mit einem neuen Gesetz verpflichtet Frankreich Firmen und deren Tochterunternehmen, einen Sorgfaltspflichtenplan über ökologische und menschenrechtliche Risiken entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu veröffentlichen und umzusetzen. Frankreich ist das erste Land weltweit, das per Ge-

setz von Unternehmen verlangt, auch in ihren Auslandsgeschäften auf Menschenrechte und Umwelt zu achten. Es hat damit Vorbildcharakter

Wahr gewordener Traum

DEUTSCHLAND – Die Geschichte der syrischen Geschwister Alan und Gyan ging um die Welt: Die abenteuerliche Flucht der beiden, die seit ihrer Geburt im Rollstuhl sitzen, dauerte drei Jahre und endete vorerst in einem für Behinderte vollkommen untauglichen Lager in Griechenland. Schliesslich konnten sie nach Deutschland ausreisen, wo sie mit Vater und Schwester wiedervereint sind. Nun wurde ein Traum der beiden wahr: Sie wurden an den Fussballmatch zwischen Bayern München und Real Madrid eingeladen und durften dabei ihren grossen Stars begegnen.



Gyan (links) und ihr Bruder Alan mit Real-Madrid-Trainer Zinedine Zidane (Mitte).

«IN ACTION»

Ist es Ihnen aufgefallen? Die Beilage «In Action» hat ein neues Layout erhalten. Wir möchten Ihnen mit der neuen Gestaltung eine bessere und farbigere Übersicht der Aktivitäten von Amnesty Schweiz und ihren aktiven Mitgliedern und Gruppen bieten. Gefällt's? Sagen Sie uns Ihre Meinung! Einige Änderungen gibt es auch im Amnesty-Magazin: Die Briefe gegen das Vergessen können längst online angeschaut und die Briefvorlagen direkt ausgedruckt werden – ein Service, der rege genutzt wird. Deshalb verzichten wir auf die bisherigen Briefbeispiele am Schluss des Heftes zugunsten einer Kolumne.

Sie können die Briefe gegen das Vergessen übrigens auch abonnieren! Wir schicken Ihnen Modellbriefe per Mail oder Post, welche Sie unterschreiben und direkt verschicken können. Fürs Briefe-Abo schreiben Sie einfach an: Amnesty International, Schweizer Sektion, Postfach, 3001 Bern, Fax: 031 307 22 33 oder info@amnesty.ch

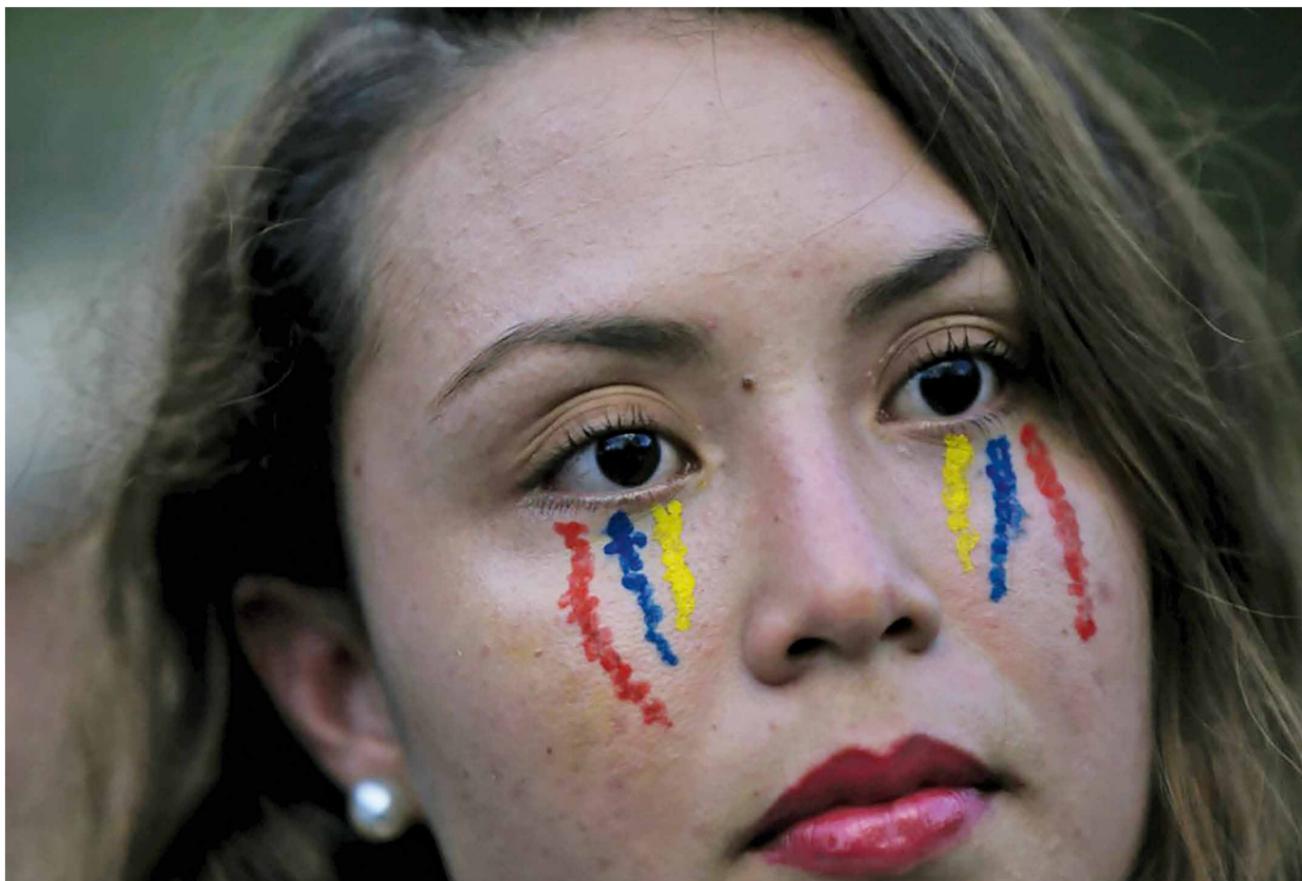
IN KÜRZE

ARGENTINIEN – Belén war 2015 nach einer Fehlgeburt verhaftet und 2016 zu 8 Jahren Haft wegen Mordes verurteilt worden. Am 27. März wurde sie nun freigesprochen. Amnesty hatte weltweit 120 000 Unterschriften für Beléns Freilassung gesammelt.

IRAN – Der iranische Künstler Keywan Karimi wurde am 19. April aus dem Gefängnis entlassen. Er war 2015 zu 6 Jahren Haft und 223 Stockhieben verurteilt worden. Die Anklage lautete auf «Beleidigung islamischer Heiligkeiten» und «rechtswidrige Beziehungen». Ihm wird ein Musikvideo vorgeworfen sowie dass er einer Frau, die «ihren Kopf und Nacken nicht bedeckt hatte», «die Hand geschüttelt» hatte und mit ihr «unter einem Dach» war.

USA – Die Salvadorianerin Sara Beltrán Hernández ist gegen Kaution aus der Haft entlassen worden. Sie wurde seit ihrer Ankunft in den USA 15 Monate lang in einer Hafteinrichtung in Texas festgehalten, obwohl sie einen Antrag auf Asyl gestellt und dringend medizinische Versorgung benötigt hatte. 2017 wurde bei ihr ein Hirntumor festgestellt, der nun endlich behandelt werden kann.

MEXIKO – Das mexikanische Parlament hat das Gesetz gegen Folter angenommen. Der Gesetzesentwurf kam dank einer breiten Bewegung in der Bevölkerung und einer gezielten Amnesty-Kampagne zustande und stellt eine wesentliche Verbesserung für Opfer von Folter dar.



© Reuters/Mohammad Pomir-Hossain

VENEZUELA – Seit Wochen protestieren Zehntausende gegen Staatschef Maduro. Dies, obwohl die Demonstrationen gefährlich sind. Nicht nur wurden bereits zahlreiche Menschen bei den Unruhen getötet oder verletzt. Wie ein neuer Amnesty-Bericht zeigt, instrumentalisiert die Regierung auch den Justizapparat, um die Opposition zum Schweigen zu bringen. Zu diesem Vorgehen gehören unter anderem willkürliche Festnahmen, Untersuchungshaft und ein drohender Prozess vor Militärgericht. Den Oppositionellen werden in den meisten Fällen schwere Verbrechen wie «Terrorismus» oder «Landesverrat» vorgeworfen.

Wegen Präsidentenbeleidigung in die Klinik

UGANDA – Sie ist eine schillernde Persönlichkeit, die Universitätsdozentin Stella Nyanzi. Die promovierte Doktorin für Genderstudien, Menschenrechtsaktivistin und Unterstützerin der ugandischen LGBTI-Bewegung sitzt seit dem 7. April wegen Beleidigung des Präsidenten und dessen Frau in Haft. Nyanzi setzt sich seit Jahren unter anderem dafür ein, Mädchen den kostenlosen Zugang zu Monatshygieneprodukten zu ermöglichen. In ländlichen Gebieten können sich Familien keine Binden leisten, weshalb die Mädchen oft der Schule fernbleiben. Doch ist dies in Uganda ein absolutes Tabuthema. Genauso wie Kritik am Langzeitherrscher, der im Wahlkampf stets betont hatte, die Frauen seines Landes zu fördern und für deren hygienische Bedürfnisse sorgen zu wollen. Als nun Nyanzi das Nichtstun des Präsidenten in dieser Sache kritisierte und ihn sowie seine Frau, ihres Zeichens Bildungsministerin, mit unflätigen Begriffen titulierte, wurde sie inhaftiert. Nyanzi sitzt im Gefängnis in Kampala und soll in die psychiatrische Klinik überstellt werden, um ihre «geistige Gesundheit zu überprüfen».



© ZVG
Ist nicht auf den Mund gefallen: Dr. Stella Nyanzi sitzt wegen Beleidigung des Präsidenten im Gefängnis.

Tödliche Jagd auf Homosexuelle

TSCHETSCHENIEN – Männer, von denen angenommen wird, dass sie homosexuell sind, werden gemäss seriösen Quellen in Tschetschenien in jüngster Zeit im Rahmen einer koordinierten Hetzkampagne entführt, gefoltert und sogar umgebracht. Die Gefolterten sollen gezwungen worden sein, die Namen von Homosexuellen preiszugeben. Die tschetschenischen Behörden leugneten die Vorkommnisse oder machten sie lächerlich. In der muslimischen Teilrepublik der Russischen Föderation gelten formal die Gesetze der Zentralregierung, doch wird oft die Scharia praktiziert und «Ehrenmorde» werden von den Behörden nicht verfolgt. Homophobie ist allerdings nicht nur in den muslimischen Republiken, sondern in ganz Russland weiterhin weit verbreitet.

Ein Jahr gegen die Medien

SÜDLICHES AFRIKA – Die Pressefreiheit ist 2016 in verschiedenen Ländern im südlichen Afrika unter Druck geraten. Es kam zu Angriffen gegen JournalistInnen und VerlegerInnen; viele Medienschaffende verlassen den Job oder das Land. So wurde in Lesotho der Herausgeber der «Lesotho Times», Lloyd Mutungamiri, im Juni angeschossen. Schon zuvor versuchte man ihn einzuschüchtern, unter anderem mit Verleumdungsklagen. Auch in Botswana sind JournalistInnen Schikanen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Im März dieses Jahres wurden zwei Journalisten kurz verhaftet und mit Todesdrohungen vom Besuch eines Geländes abgehalten, auf welchem der Präsident ein neues Ferienhaus bauen will. In Malawi haben Sicherheitsleute eine Journalistin an einer Pressekonferenz des Präsidenten gewaltsam daran gehindert, kritische Fragen zu stellen. Der Präsident bezeichnete die Medien als Lügner. In Sambia wurde eine unabhängige Zeitschrift geschlossen, der Besitzer, seine Frau und der Chefredaktor wurden ohne Anklage von der Polizei festgehalten und geschlagen. Das Medieninstitut des südlichen Afrika verzeichnet 32 An-

griffe auf JournalistInnen in Simbabwe zwischen Januar und September 2016. Die Liste liess sich fortsetzen. «Von Angola bis Sambia sehen wir besorgniserregende Angriffe auf die Medienfreiheit und die Medienschaffenden. In der ganzen Region werden Journalisten zur Zielscheibe, wenn sie die Wahrheit schreiben», sagt Deprose Muchena, Amnesty-Verantwortliche für das südliche Afrika.

Kinder in Puntland hingerichtet

SOMALIA – Bereits wurden fünf Buben im Alter zwischen 14 und 17 Jahren hingerichtet, nun droht dasselbe Schicksal auch Muhammed Yasin Abdi (17) und Daud Saied Sahal (15). In der halbautonomen Region Puntland in Somalia wurden Jugendliche durch das Militärgericht zum Tod verurteilt, weil sie sich an einem Angriff der al-Shabaab-Truppe beteiligt hätten, bei welchem drei höhere Beamte getötet wurden. Der Prozess gegen die Jungs sei ein völlig willkürliches Verfahren gewesen und die Buben seien aufs Brutalste gefoltert worden, sagt Michelle Kagari, Amnestys Vize-Regionaldirektorin für Ostafrika. Die Buben hätten ihre Mitgliedschaft bei al-Shabaab stets bestritten.

JETZT ONLINE

■ **Haben Sie die jährliche Generalversammlung von Amnesty Schweiz verpasst?** Sehen Sie sich die Höhepunkte der Aktion für einen besseren Schutz von verletzlichen Flüchtlingen im Video zur GV an.

■ **Auch er war einmal ein Flüchtling:** Der Schweizer Fussball-Nationalspieler Valon Behrami. In einem Video erzählt er seine bewegende Geschichte (in Englisch).

Jetzt online auf www.amnesty.ch/magazin-juni17

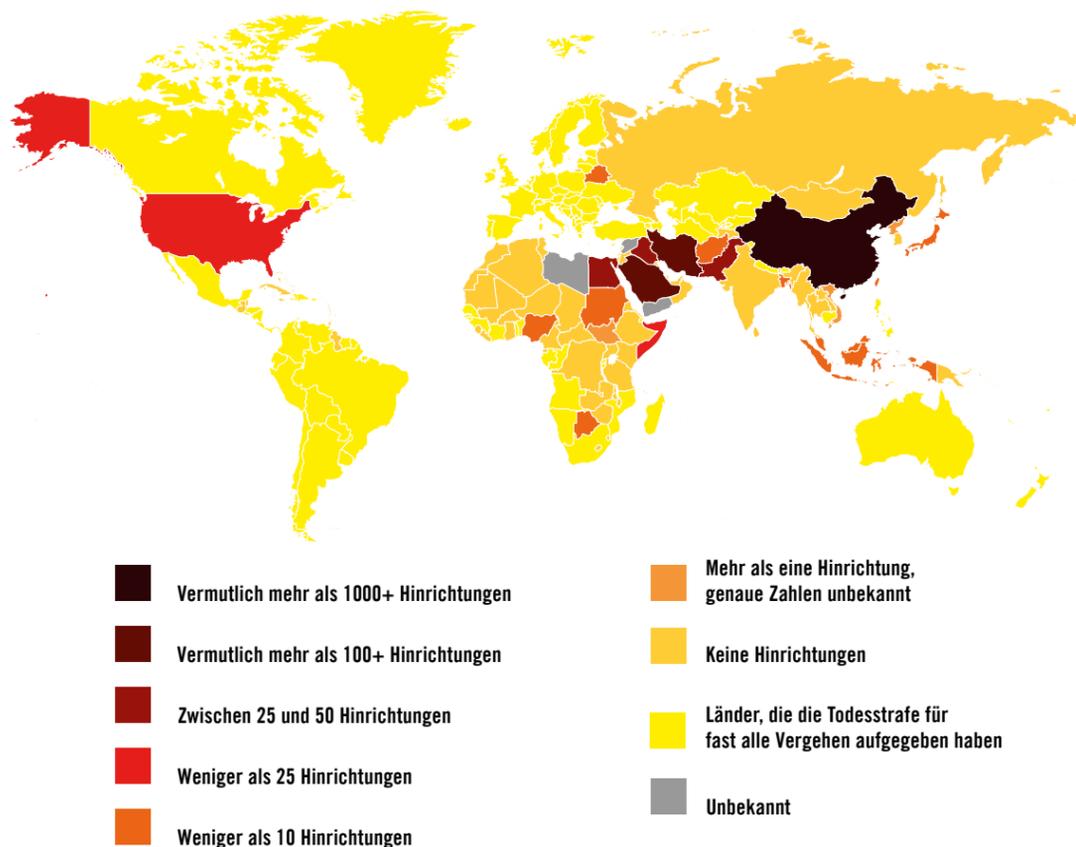
Hunderte Roma vertrieben

ITALIEN – Sie schlafen nun in Autos, bei Freunden oder in anderen, informellen Siedlungen: Von den Hunderten Roma, die am 7. April aus der informellen Siedlung Gianturco in Neapel vertrieben wurden, haben nur wenige eine alternative Unterkunft erhalten. Zahlreiche Familien hatten die Siedlung Gianturco aufgrund der verstärkten Polizeikontrollen und Drangsaliierungen bereits vor der Vertreibung verlassen, so waren nur 200 Roma – darunter Kinder, Ältere und Kranke – anwesend, als die Zwangsräumung stattfand. Es wird befürchtet, dass viele von ihnen nun obdachlos sind. Die Behörden brachten rund 130 Personen in ein neues abgetrenntes Camp in Via del Riposo. An gleicher Stelle wurde 2013 bereits eine Roma-Siedlung von AngreiferInnen niedergebrannt. Einigen wenigen Familien wurde angeboten, in das Aufnahmезentrum Grazia Deledda zu ziehen, wo laut Angaben vieler Roma unzureichende Bedingungen herrschen, da es keine Privatsphäre und nur Gemeinschaftsduschen gibt.



Roma-feindliche Sprüche, Angriffe und Anfeindungen: Viele Roma verliessen ihr Camp vor der Zwangsräumung.

TODESSTRAFE 2016



Weltweiter Rückgang

TODESSTRAFE – Weltweit ist die Zahl der Hinrichtungen, die von Amnesty erfasst wurden, im vergangenen Jahr um mehr als ein Drittel auf 1032 gesunken. Dies vor allem, weil im Iran und in Pakistan weniger Todesurteile vollstreckt wurden. Indes richtete China mehr Menschen hin als alle anderen Länder zusammen. Amnesty geht von Tausenden Fällen aus, hat aber keine genauen Angaben, da Informationen zur Todesstrafe in China per Gesetz als Staatsgeheimnis unter Verschluss gehalten werden. Insgesamt haben 141 Staaten die Todesstrafe abgeschafft, darunter sind seit vergangenem Jahr neu auch Nauru und Benin. In den USA sind im Vergleich zu den Vorjahren 2016 so wenige Todesurteile vollstreckt worden wie lange nicht mehr.

HINRICHTUNGEN WEGEN ABLAUFDATUM



Hinrichtungen per Giftspritze: In den USA immer schwieriger zu vollziehen.

Acht hätten es sein sollen. Zwei pro Tag. Hingerichtet innert elf Tagen. Mit einem Cocktail aus drei Zutaten: Die erste macht den Todeskandidaten bewusstlos. Sollte sie zumindest. Die zweite lähmt den Körper, die dritte führt zum Herzstillstand. Das Ganze sollte rund eine Viertelstunde dauern, je nach Konstitution des Hinzurichtenden.

Der Gouverneur des Staates Arkansas, Asa Hutchinson, wollte die acht Männer so schnell als möglich exekutieren. Denn er hatte ein Zeitproblem: Ende April lief das Haltbarkeitsdatum von Midazolam – der ersten Zutat des Giftcocktails – ab. Nachschub war nicht in Sicht. Daher die Eile.

Doch es kam nicht wie geplant. Die AnwältInnen legten Klage gegen die Verwendung von Midazolam ein. Diese Zutat ist sehr umstritten, sie scheint nicht so

zuverlässig zu betäuben, wie sie sollte: Der Gefangene Clayton Lockett war 2014 in Oklahoma erst nach langem, qualvollem Todeskampf gestorben.

Weitere Klagen machten Hutchinsons Planung ebenfalls einen Strich durch die Rechnung. Denn auch ein zweites der Gifte verursachte Probleme: Die Verwendung von Vecuronium, das für die Lähmung zuständig ist, war gegenwärtig blockiert: Der Pharmakonzern McKesson hatte gegen die Benutzung seines Produktes geklagt und geltend gemacht, getäuscht worden zu sein. Der Bundesstaat habe angegeben, das Medikament zu medizinischen Zwecken benutzen zu wollen.

Die AnwältInnen von sechs der Männer klagten ausserdem, weil ihre Mandanten eine geistige Behinderung hätten. Ihre Hinrichtung würde also gegen ein Grundsatzurteil des US-Verfassungsgerichts verstossen. Ein Mandant klagte erfolgreich, dass bei seinem Prozess kein DNA-Test gemacht worden war, der seine Unschuld hätte beweisen können.

In vier Fällen kamen die AnwältInnen durch und die Hinrichtung ihrer Mandanten ist momentan sistiert. Vier Todeskandidaten wurden hingegen hingerichtet: Don Davis und Ledell Lee am 20. April, Jack Jones und Marcel Williams am 24. April. Denn die Hinrich-

tungsstopps wegen der beiden Substanzen Midazolam und Vecuronium wurden nach juristischem Hin und Her aufgehoben: Die beiden umstrittenen Zutaten dürfen also – zumindest in Arkansas – weiterverwendet werden.

Wenn da nicht das «Problem» mit dem Nachschub wäre. Dieses Problem haben sämtliche US-Bundesstaaten, die die Todesstrafe noch anwenden. In den vergangenen Jahren blockierten bekanntlich immer mehr Pharmafirmen den Verkauf ihrer Medikamente zum Zweck von Hinrichtungen. In der EU besteht seit 2011 ein Exportverbot, welches 2016 noch verschärft wurde. Aber auch amerikanische Produzenten (wie auch Schweizer Firmen) verweigern den Verkauf ihrer Produkte für diesen Zweck.

So sind die hinrichtenden Bundesstaaten auf der Suche nach Alternativen. Tennessee hat die Verwendung des elektrischen Stuhls gebilligt, in Oklahoma hat die Gouverneurin 2015 ein Gesetz unterschrieben, das die Hinrichtung mit Stickstoff erlaubt. Utah hat die Hinrichtung durch ein Erschiessungskommando offiziell wiedereingeführt. Fünf freiwillige Polizisten müssten diese Aufgabe übernehmen. Es gebe hierfür, so heisst es, stets mehr Freiwillige, als benötigt werden.

Manuela Reimann Graf



Seit sechs Jahren hören wir täglich vom Geschehen in Syrien. Von Fronten, Eroberungen und Rückeroberungen. Von Verbrechen, die von allen Seiten begangen werden. Wir sehen Bilder von Opfern, Verletzten, Fliehenden. Doch je länger der Konflikt andauert und je unübersichtlicher er wird, desto weniger können wir nachvollziehen, was in Syrien passiert. Und was der Krieg mit den Menschen macht, für die er längst zum Alltag geworden ist.

Ein Land bricht auseinander

Das Ende der Revolution

Aus der erbarmungslosen Unterdrückung des syrischen Aufstands entwickelte sich ein nunmehr sechs Jahre andauernder, bewaffneter Konflikt. Der Politologe François Burgat über die Hintergründe des Konflikts und dessen Wendepunkte. Interview: Nadia Boehlen

► **AMNESTY:** Blenden wir zurück: Welches sind überhaupt die Gründe für den Krieg in Syrien?

◄ **François Burgat:** Er entstand aus der direkten Verlängerung des tunesischen und ägyptischen Frühlings, hat sich aber ganz anders entwickelt. Zunächst, weil die Regierung in Damaskus mit gewissem Erfolg auf die Strategie der ethnischen und religiösen Aufspaltung der Opposition setzte. Ausserdem wurde der Konflikt sehr schnell internationalisiert und entwickelte sich äusserst asymmetrisch. Die Unterstützung

Washingtons Haltung hat sich in Syrien paradoxerweise von einem sehr aktiven Interventionismus zu einem absolut passiven Vorgehen gewandelt.

des Regimes – zuerst durch den Iran und die schiitische Welt, danach auch durch Russland – erweist sich zunehmend als entscheidend. Die westlichen und arabischen Staaten, die sich strategisch sowieso nicht einig sind, unterstützen die Opposition immer weniger. Sie sehen die militärische Überlegenheit des Regimes und erlauben ihm einen Vorteil gegenüber der Opposition.

► Es ist unbestritten, dass die syrische Regierung für die Niederschlagung der Opposition – die sich ja am Anfang friedlich äusserte – verantwortlich ist.

◄ Ja, das ist so. Die Strategie des Regimes bestand darin, sich auf die demografische Mehrheit, das heisst die Sunniten, zu konzentrieren: Mit einer sehr selektiven und unverhältnismässigen Anwendung repressiver Gewalt wie scharfe Schüsse, Folter oder Vergewaltigung wurde die Opposition in die Militarisierung gedrängt. Um die Opposition von der internationalen Unterstützung abzuschneiden, wurde sie diskreditiert, indem zunächst die radikale al-Nusra-Front, dann der «Islamische Staat» in den Vordergrund gestellt wurden. Das Regime hat allerdings die Entwicklung des «Islamischen Staates» gefördert, indem sie ihn lange nicht bekämpfte.

► Gewisse bewaffnete Gruppierungen, allen voran die Freie Syrische Armee, haben eine moderate Rebellion repräsentiert.

◄ Absolut. Die Strategie des Regimes und seines russischen Alliierten war einerseits, den Aufstieg und die Sichtbarkeit der radikalen Gruppierungen zu fördern. Andererseits konzentrierte man sich parallel dazu auf die Unterdrückung der weniger radikalen Gruppierungen. In den Augen der Regierung waren sie gefährlicher, weil die arabischen und westlichen Gesprächspartner in ihnen eine akzeptable Alternative zum Regime sahen.

► Wie lässt es sich verstehen, dass diese gemässigten Gruppierungen nicht stärker unterstützt wurden, als sich die Repression der Regierung verstärkte?

◄ Der Ausbruch des Konflikts in Syrien fiel in die Zeit, als Präsident Obama nicht mehr bereit war, sich um jeden Preis im Nahen Osten zu engagieren, weil er sich der kontraproduktiven Auswirkungen der Interventionen seiner Vorgänger bewusst wurde. Washingtons Haltung hat sich in Syrien paradoxerweise von einem sehr aktiven Interventionismus zu einem absolut passiven Vorgehen gewandelt. Ein weiterer Grund liegt ganz woanders: In den Augen des Westens, v.a. Frankreichs, haben es die bewaffneten Truppen der republikanischen syrischen Opposition sehr schnell an religiöser Neutralität vermissen lassen. Die zweideutige, zögerliche und widersprüchliche Haltung des Westens ist nicht zuletzt

dessen Unfähigkeit geschuldet, die islamistischen Kräfte rational einzuschätzen.

► Welches waren die Wendepunkte des Konflikts, wenn wir die regionalen Akteure betrachten?

◄ Im Innern waren es die Methoden der syrischen Behörden im März 2011, um die Provokationen von einigen Schülern in der südwestlichen Stadt Deraa zu unterdrücken: Folter und Demütigung der Eltern der Kinder. Dies kann als der Funke betrachtet werden, der den nationalen Volksprotest auslöste. Eine Woche später antworteten Demonstrierende im gesamten Land der Beraterin des Präsidenten, Bouthaina Chaabane, die das Volk mit einer Lohnerhöhung beruhigen wollte: «Bouthaina, das Volk hat nicht Hunger.» Sie drückten damit aus, dass sie Gerechtigkeit und Würde verlangten. Obwohl die katarische und die saudische Regierung noch von einer Unterstützung der Opposition absahen, haben die Medien des Regimes sofort die Präsenz libanesischer, saudischer und jemenitischer Milizen erfunden. Sehr schnell haben der Iran, Russland, Frankreich, Saudi-Arabien und Katar ihre jeweiligen Fronten bezogen.

► Und welches waren die Schlüsselmomente, als der Konflikt zu einem internationalen wurde?

◄ Der erste grosse Wendepunkt bestand im militärischen Sieg des Regimes in Qussayr im August 2013, der dank der entscheidenden Beteiligung von Tausenden Hisbollah-Kämpfern aus dem Libanon errungen wurde. Einige Monate später gab es einen zweiten Wendepunkt: Die USA und Grossbritannien ergriffen keine Sanktionen, als das Regime in Ghouta bei Damaskus Chemiewaffen gegen die eigene Bevölkerung einsetzte. Dies führte zu einer Verhärtung der bewaffneten Rebellen gegenüber der Vermittlung des Westens, der in ihren Augen die Glaubwürdigkeit verloren hatte. Der dritte starke und entscheidende Moment war, als die von den USA geführte Koalition im September 2014 beschloss, in den Krieg einzutreten und zwar gegen den «Islamischen Staat» und nur gegen diesen.

Diese Kehrtwendung, die jeglichen Druck vom Regime nahm, hat diesem und seinen Alliierten sozusagen eine Lizenz zum Töten gegeben. Diese Strategie hat paradoxerweise die Zahl der Opfer massiv erhöht und zu weit mehr Flüchtlingen geführt – also zum Gegenteil dessen, was die Koalition offiziell verhindern wollte. In diesem Kontext haben sich die wichtigsten Unterstützer der Opposition – die Türkei und der Westen – egoistisch auf ihren jeweiligen Hauptfeind fokussiert. Für die Türkei sind dies die Kurden, für den Westen die Dschihadisten. Auf der Strecke blieben zweifelsfrei alle anderen Revolutionäre, also die Mehrheit der Opposition.

Chronologie des Konflikts

2011 Brutale Niederschlagung zunächst friedlicher Demonstrationen gegen das Regime ab März 2011. Zunehmende Bewaffnung der Opposition, erste Eroberungen v.a. durch die Freie Syrische Armee (FSA). Erste Resolution des Unosicherheitsrates scheitert am Veto Russlands und Chinas.

2012 Bombardierung der Rebellenhochburg Homs durch Regierungstruppen mit Hunderten Toten. Blutbäder in weiteren Städten. Die al-Nusra-Front, ein Ableger der al-Kaida, und weitere religiöse Gruppen greifen Streitkräfte an. Erster Waffenstillstand im März wird sofort gebrochen. Die Uno-Beobachtermission UNSMIS wird abgebrochen. Ende Jahr sind über 1 Million SyrerInnen auf der Flucht.

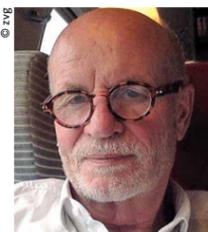
2013 Allen Seiten werden von Nichtregierungsorganisationen Kriegsverbrechen vorgeworfen, die Uno spricht bereits von 6000 Toten. Im August sterben 1400 Menschen durch Chemiewaffen. Schiitische Milizen schliessen sich den Regierungstruppen an. Kämpfe zwischen islamistischen Rebellen und kurdischen Einheiten.

2014 Die USA und Verbündete bombardieren erstmals Stellungen der Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS) in Nordostsyrien. Die Zahl der Flüchtlinge ausserhalb Syriens steigt auf 3 Millionen. Ende Juni erklärt der IS die von ihm kontrollierten Gebiete im Irak und in Syrien zum Kalifat.

2015 Russland startet Luftangriffe in Syrien – nach russischen Angaben auf IS-Stellungen, nach westlicher Darstellung auf gemässigte Rebellen Gruppen. Syrienkonferenz in Wien mit Einigung auf Friedensfahrplan, der eine Übergangsregierung vorsieht.

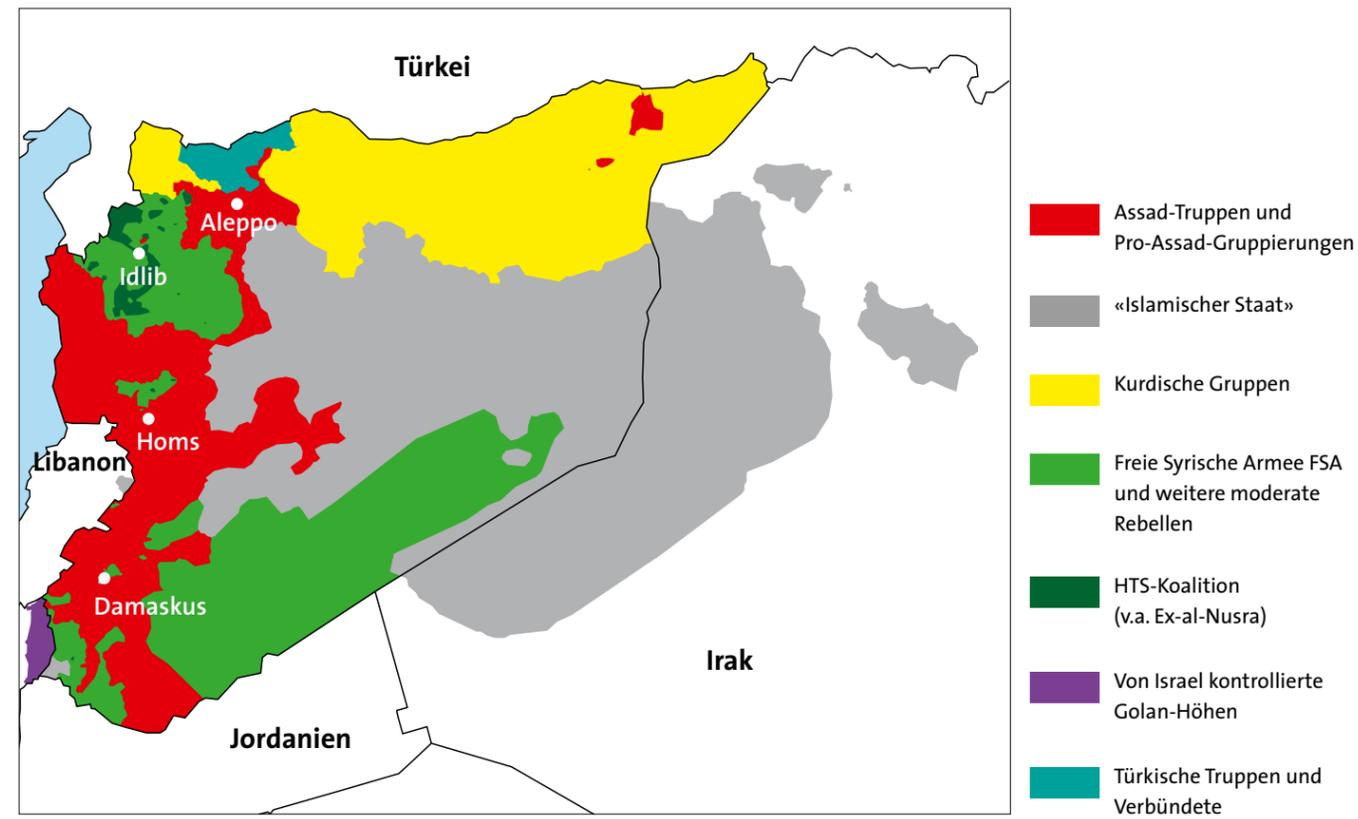
2016 Friedensgespräche in Genf werden im April abgebrochen, eine Waffenruhe wird immer wieder verletzt. Teilabzug der russischen Soldaten aus Syrien. Syrische Regimetruppen erobern Palmyra vom IS zurück und kesseln Aleppo ein. Humanitäre Krise in Aleppo, das schliesslich vollständig zurückerobert wird. Die Türkei greift den IS und auch Kurdenmilizen an.

2017 Anfang April werden in Chan Scheichun mindestens 70 Menschen bei einem Giftgasangriff getötet, rund 200 verletzt. US-Präsident Trump reagiert mit einem Raketenangriff auf einen Flugplatz der syrischen Luftwaffe.



François Burgat ist Politologe und Direktor des Instituts für Forschung und Studien zur arabischen und muslimischen Welt (IREMAM) in Aix-en-Provence.

Zerrissenes Syrien: Momentane Machtgebiete der Kriegsparteien



► War die Einmischung Russlands ebenfalls entscheidend?

◄ Unter dem leicht durchschaubaren Vorwand eines gemeinsamen Kampfes gegen den «Islamischen Staat» sahen wir Ende 2015 eine Zunahme russischer Interventionen. Nach dem Fall Aleppos im Dezember 2016 ist der Konflikt heute in einer sehr unsicheren Phase. Die Lage ist einerseits von der Annäherung zwischen Moskau und Ankara geprägt, wobei deren Strategie zum Teil noch unbekannt ist. Dazu kommt andererseits der verstärkte amerikanische Einsatz gegen den «Islamischen Staat», der jetzt auch am Boden geführt wird. Die Haltung Washingtons wird zudem verkompliziert durch Trumps bewaffneten Angriff gegen eine syrische Militärbasis nach dem Chemiewaffeneinsatz in Chan Scheichun.

► Ist die Zerschlagung der Rebellion, die national und moderat war, eine Tatsache?

◄ Ja, im Moment schon. Die militärische Marginalisierung jener Rebellen, die von der internationalen Gemeinschaft akzeptiert sind, bleibt der wichtigste militärische Faktor. Die Gruppen, die den erfolgreichsten Widerstand leisten, sind momentan die ehemalige al-Nusra-Front auf der einen Seite und der «Islamische Staat» auf der anderen. Beide wurden gleichzeitig zum Ziel des Regimes und seiner Alliierten wie auch der US-geführten Koalition.

► Liefert die internationale Gemeinschaft für die Lösung des Konflikts nur noch leere Worte?

◄ Der syrische Konflikt ist ein Konflikt der Weltgemeinschaft. Doch zeigt diese Welt ein Gesicht der Machtlosigkeit, des Egoismus, der Abschottung (nicht nur bei den Musliminnen und Muslimen) und der Unmenschlichkeit. |



Wie nah darf, ja soll man mit der Kamera ran, um das Leid und die Verzweiflung der vom Krieg Betroffenen abzubilden? Aleppo, Dezember 2013.

Vernebelt im Krieg

Wie kann ein Reporter über das Grauen in einem Konflikt wie demjenigen in Syrien unabhängig berichten, ohne den LeserInnen und sich selbst zu viel zuzumuten? Wie steht es mit der Würde der Gezeigten? Reporter Carsten Stormer über seine Arbeit am Rande des Erträglichen, die dennoch getan werden muss. Von Carsten Stormer

Es sind Bilder wie die vom Giftgasangriff von Chan Scheichun, die die Welt in eine Art Schockzustand versetzten und Präsident Trump dazu verleiteten, eine Luftwaffenbasis der syrischen Armee zu bombardieren: Kinderleichen, ineinander verhakt, äusserlich scheinbar unversehrt. Qualvoll gestorben durch einen vermeintlichen Giftgasangriff der syrischen Armee. Obwohl sehr viele Indizien und auch der gesunde Menschenverstand für diese Theorie sprechen, bewiesen ist sie nicht. Medien, PolitikerInnen, Un- und Halbwissende übertrumpfen sich tagelang in Talkshows, Leitartikeln, Nachrichtensendungen mit Mutmassungen, Schuldzuweisungen und Verschwörungstheorien. Nur ein Journalist der britischen Zeitung «The Guardian» hat es in die Stadt Chan Scheichun geschafft. Keine Uno-Delegation war vor Ort, keine unabhängigen BeobachterInnen. Seriöse, unabhängige Berichterstattung ist unter diesen Umständen kaum möglich. Als Quelle müssen AugenzeugInnen herhalten. Sie sind jedoch angreifbar, ihre Darstellung der Tatsachen können angezweifelt werden, da sie nicht unabhängig sind.

Für internationale Journalisten und Journalistinnen ist es schon lange zu gefährlich nach Syrien einzureisen, um selbst als AugenzeugInnen zu berichten. Doch nur so ist es möglich, die Wahrheit ans Licht zu bringen – oder es zumindest zu versuchen. Die syrische Regierung vergibt Visa nur an ausgewählte JournalistInnen, die sich dann vor Ort unter strenger Beobachtung bewegen können. Die Zugänge entlang der türkischen Grenze sind dicht, ebenso wie jene über den Irak. In der Provinz Idlib herrschen Islamisten, die al-Kaida nahestehen, andere Gebiete werden immer noch vom sogenannten Islamischen Staat (IS) beherrscht. Das Entführungsrisko für Medienschaffende ist immens. Syrien ist vom Nebel des Krieges umhüllt.

Moralische Minenfelder | Vier Jahre lang war es mir möglich, nach Syrien einzureisen und als einer der wenigen Journalisten aus erster Hand zu berichten. Zuletzt war ich im Frühjahr 2016 vor Ort, in der Provinz Aleppo. Als Reporter habe ich immer versucht, nur das wiederzugeben, was

Es gibt immer wieder Momente, in denen das eigene Wertesystem versagt.

ich selbst erlebt habe. Die grösste Schwierigkeit dabei: Fakten von Propaganda zu trennen – und die Würde jener Menschen zu achten, deren Geschichten ich erzähle; der Lebenden und der Toten. Es ist leicht, die Grenze zwischen Aufklärung und Sensationslust zu überschreiten. Oder der Propaganda zu verfallen.

Das mit der Würde ist indes so eine Sache. Ich stolpere in Krisengebieten ständig durch moralische Minenfelder. Wann halte ich die Kamera drauf, wann nicht? Der befreundete Krisenfotograf Andy Spyra sagt: «Die Moral ist ein langsamer Begleiter. In solchen Momenten entscheidet die Intuition, der Charakter, die Sozialisierung, die Empathie.» Und trotzdem gibt es immer wieder Momente, in denen das eigene Wertesystem versagt.

Auch bei mir. Ich erinnere mich an einen Moment in Aleppo. In einem Zimmer, das als Leichenhalle diente, filmte ich einen Jungen, der um seinen toten Vater trauerte. Er weinte still. Tränen liefen ihm über die Wangen und tropften in das Blut seines Vaters. Ich filmte diese Szene, minutenlang; taub, emotionslos, ohne Empathie. Dann drehte sich der Junge zu mir um, schaute mir in die Augen, sagte kein Wort und verschwand. Und plötzlich schämte ich mich. Noch heute denke ich oft an diese Szene und wünschte mir, ich hätte den Jungen ein paar Minuten allein gelassen, um sich von seinem Vater zu verabschieden.

Oft handle ich vor Ort reflexartig. Manchmal ganz bewusst. Wer etwas bewegen will, braucht bewegende Bilder.

Die Würde also. Sie stirbt im Krieg zuerst, nicht die Wahrheit. Wahrheit ist ein dehnbarer Begriff.



Carsten Stormer schreibt und filmt Reportagen aus Asien und Afrika für diverse Zeitschriften und Magazine. In seinem neuen Buch «Die Schatten des Morgenlandes» erzählt er über seine Arbeit als Reporter in Syrien, im Libanon und im Irak. Im Zentrum stehen dabei ZivilistInnen und ihr Engagement für andere.

Carsten Stormer:
Die Schatten des Morgenlandes.

Die Gewalt im Nahen Osten und warum wir uns einmischen müssen. Bastei-Lübbe, Köln, 2017.

Der Grat der Selbstzensur | Natürlich muss berichtet werden. Über Tod und Leid. Es gibt Bilder, denen wir uns nicht verschliessen dürfen. Scheussliche, unmenschliche Bilder von Opfern nach einem Giftgasangriff, beispielsweise. Das ist ein Kriegsverbrechen und muss belegt werden; Schuldige zu finden und zur Rechenschaft zu ziehen ist hingegen Aufgabe anderer. Oder Aufnahmen von der verheerenden Wirkung der Fassbomben. Oder in Panik geflohene Jesidinnen und Jesiden, die auf einem Berg langsam verdursten. Ereignisse, vor denen wir am liebsten die Augen verschliessen möchten. Und doch transportieren sie eine Botschaft. Diese Bilder rütteln auf, informieren, legen Zeugnis ab, stellen die Wirklichkeit dar.

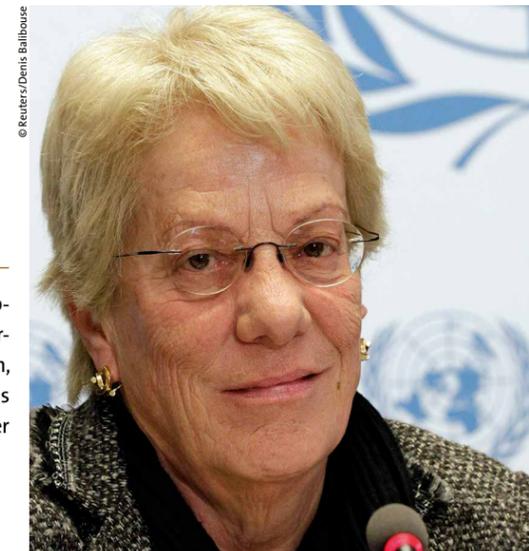
Für mich als Reporter, der in Krisengebieten sehr viel Elend sieht, sind Tote, verstümmelte Leichen Alltag. Und doch übe ich ständig Selbstzensur. Wie viel brutale Bilder darf oder muss man dem Leser oder der Zuschauerin zumuten? Es ist ein schmaler Grat. Ich bin der Meinung, dass bestimmte Gräueltaten gezeigt werden müssen. Das ist die Realität des Krieges.

Ohne Bilder gibt es keine Belege, auch für die Aufarbeitung eines Krieges nach dessen Ende, rede ich mir weiterhin ein. Ich weigere mich, diesen letzten Rest Naivität zu verlieren. Worte allein reichen oft nicht aus, um die Realität zu vermitteln. Ohne Bilder findet ein Krieg im Bewusstsein der Öffentlichkeit oft nicht einmal statt – oder erst sehr spät.

Heuchlerischer Aufschrei | Der Aufschrei des Entsetzens aufgrund der toten Kinder von Chan Scheichun ist natürlich ein heuchlerischer. Kinder sterben seit nunmehr sechs Jahren in Syrien auf jede erdenklich grausame Weise. Jede Seite hat ihren Anteil am täglichen Massenmord. Viele JournalistInnen, die von Anfang an aus Syrien berichteten, haben schon 2012 vor einer sich anbahnenden Flüchtlingskatastrophe gewarnt. Es wurde ignoriert. Ende 2012 haben wir von sich radikalisierten Rebellengruppen und dem Einsickern von internationalen Dschihadisten gewarnt. Es wurde ignoriert. Selbst dann, als Dutzende internationale Journalisten von Islamisten entführt wurden. Erst als der IS im Jahr 2013 die Bühne des Krieges betrat und im Handstreich weite Teile Syriens und des Iraks einnahm, hat sich die Öffentlichkeit darüber gewundert, woher diese schwarz verummten Krieger so plötzlich kamen. Seit Anfang 2013 haben Journalisten über Assads Fassbombenkampagne berichtet, durch die Zehntausende ums Leben kamen. Es wurde weitestgehend ignoriert.

Journalismus ist ein bilateraler Prozess. Auf der einen Seite stehen jene, die recherchieren, filtern, auswerten. Auf der anderen jene, die konsumieren, sich informieren, um sich eine Meinung bilden zu können. Dieser Prozess ist in Syrien derzeit ausser Kraft gesetzt. |

Die Schweizer Juristin Carla Del Ponte gehört seit 2012 der Unabhängigen Internationalen Syria-Ermittlungskommission der Vereinten Nationen an. Zuvor war sie Schweizer Bundesanwältin, Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien sowie Ruanda und Botschafterin der Schweiz in Argentinien.



Beweise gegen alle Seiten

Obwohl ausführliches Material über Kriegsverbrechen in Syrien vorliegt, ist es noch immer zu keiner Anklage gegen die Verantwortlichen gekommen. Carla Del Ponte, Mitglied der Uno-Ermittlungskommission für Syrien, spricht über ihre Arbeit. Interview: Markus Bickel

► **AMNESTY:** Nach dem Fall Ost-Aleppos hat die Uno-Vollversammlung eine Resolution verabschiedet, die eine Verfolgung von Kriegsverbrechen in Syrien möglich macht. Kommt diese nicht Jahre zu spät?

◄ **Carla Del Ponte:** Nein. Für diese Verbrechen ist es nie zu spät. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn man früher begonnen hätte, Wege zu finden, um den Verantwortlichen den Prozess zu machen. Aber wir haben genügend Beweise gesammelt, um der Gerechtigkeit doch noch zum Durchbruch zu verhelfen.

► **Sollte bei Syrien-Friedensverhandlungen die juristische Aufarbeitung der Verbrechen nicht eine viel grössere Rolle spielen?**

◄ Das sollte sie, aber leider sind Justiz und Gerechtigkeit bei diesen Verhandlungen kein Thema. Unsere Frustration ist gross: Wir ermitteln, aber wofür, wenn sich niemand damit beschäftigt, dass die Verantwortlichen vor Gericht erscheinen?

► **Warum ist das im Fall Syriens anders als bei den Friedensschlüssen auf dem Balkan, als Staatschefs wie Slobodan Milošević wussten, dass sie im Visier der internationalen Strafjustiz stehen?**

◄ Die Dayton-Verhandlungen für Bosnien waren erfolgreich, weil die Amerikaner mit Milošević verhandelten im Wissen,

dass das Sondertribunal für Jugoslawien gegen ihn ermittelt. Deshalb nenne ich dieses Vorgehen immer als Vorbild für Syrien: Man muss, wenn man Frieden erreichen will, auch mit der Regierung verhandeln – das heisst, mit Präsident Bashar al-Assad.

► **Hat Ihre Kommission genügend Beweise, um Anklage gegen Assad zu erheben?**

◄ Ja, wir haben ausreichend Material gesammelt, um Verfahren gegen hohe politische und militärische Verantwortliche aller Seiten zu führen. Wir warten allerdings immer noch darauf, unsere Beweise einem internationalen Gerichtshof übergeben zu können. Das sollte so schnell wie möglich geschehen, denn es wäre auch ein Beitrag zu den Friedensverhandlungen.

► **Der Uno-Sicherheitsrat müsste den Fall Syrien an den Internationalen Strafgerichtshof überweisen. Das wird von China und Russland aber blockiert. Müssen künftig nationale Gerichte Kriegsverbrechern den Prozess machen?**

◄ Die ganze Arbeit können sie sicherlich nicht machen. Bislang finden nur in einzelnen Ländern Prozesse gegen ausländische Kämpfer statt, die sich dem «Islamischen Staat» angeschlossen haben. Da es bislang kein Staat gewagt hat, gegen hohe politische oder militärische Verantwortliche Verfahren zu eröffnen, bleibt dafür nur ein internationaler Gerichtshof. |

Die Hoffnung zeichnen

Der syrisch-palästinensische Karikaturist Hani Abbas lebt als politischer Flüchtling in Genf. Mit Humor, ja sogar mit einem Hauch Poesie zeigen seine Karikaturen die Barbarei des Krieges. Von Julie Jeannet

Hani Abbas spricht mit seinem Stift – im wörtlichen wie im übertragenen Sinn. Wie immer trägt er eine Mütze. Aus der Tasche zieht er einen gelblichen Stift und beginnt auf dem Holztisch imaginäre Linien zu zeichnen. Mit wenigen Strichen rekonstruiert er die Quartiere im Süden von Damaskus: Ghouta, al-Kadam, Jarmuk. «Während der Bombenangriffe von 2012 habe ich meine besten Zeichnungen gemacht», erklärt er und scrollt durch seine Facebook-Seite, auf der er alle seine Karikaturen veröffentlicht.

«Jede Zeichnung erinnert mich an etwas Bestimmtes, das Verschwinden von Angehörigen oder das Erstaunen, nach den heftigen Bombenexplosionen noch am Leben zu sein.» Auf einem Selbstporträt mit Zielscheibe zeigt er dem Regime eine lange Nase. Ein Messer, eine Gabel und eine Blutlache als Mahlzeit verbildlichen die Auswirkungen der Militärbelagerung.

Von Geburt an Flüchtling | Hani kam 1977 im Stadtviertel Jarmuk zur Welt. Das ehemalige Flüchtlingslager entstand 1957 acht Kilometer ausserhalb des Zentrums von Damaskus, als viele PalästinenserInnen durch die Gründung des Staates Israel vertrieben worden waren. Vor der Revolution glich Jarmuk mit seinen Schulen, Spitälern und Geschäften einem normalen syrischen Wohnquartier. Bis zu einer halben Million Menschen lebten dort. Heute geht die Palästinensische Liga für Menschenrechte davon aus, dass lediglich 3000 bis 5000 EinwohnerInnen

die Angriffe des Regimes und der bewaffneten Gruppen des selbsternannten Islamischen Staates überlebt haben.

In Damaskus studierte Hani Abbas Pädagogik und Psychologie und arbeitete dann als Lehrer. «Als Flüchtling muss man immer ein bisschen mehr machen als die anderen», erklärt Hani, dessen Gesicht vom Krieg gezeichnet ist. «Am Morgen habe ich unterrichtet, am Nachmittag gezeichnet. Ich war glücklich», sagt er wehmütig.

Der Duft der Revolution | März 2011: Hani hat sich inzwischen einen Namen gemacht, seine Arbeiten werden in zahlreichen Ausstellungen gezeigt und in vielen Medien in Syrien und im Nahen Osten publiziert. Zu den Hauptabnehmern gehört der arabische Nachrichtensender al-Jazeera. Seit den ersten Protesten stellt er sein Talent in den Dienst der Revolution. Er durchquerte den Checkpoint, auf einer Speicherkarte in seinem Schuh waren die Zeichnungen, die er verschiedenen revolutionären Medienkanälen zuspiesen wollte. «Damals hat uns die Hoffnung elektrifiziert: Wir glaubten, dass das Regime innerhalb von ein paar Monaten gestürzt sei. Bei meiner ersten Demonstration gegen das Regime fühlte ich mich stark und mächtig, ich war zu allem bereit», erzählt der Zeichner. «Als ich nach Hause kam, sagte mir meine Frau, ich solle mein Hemd entsorgen. Die Demonstranten waren gefilmt worden, und für das Regime reichten solche Details, um jemanden verhaften zu lassen. Aber ich habe das Hemd als Trophäe aufbewahrt – bis heute.»

Als das Land im Bürgerkrieg versinkt, muss Hani seine Arbeit als Lehrer aufgeben, denn sein Haus befindet sich im Gebiet der Freien Syrischen Armee und die Schule in einem Viertel, das vom Regime kontrolliert wird. Angesichts der Unterdrückung zeichnet Hani immer mehr. Im Jahr 2012 publiziert er auf Facebook die Karikatur eines Soldaten, der sich über eine rote Blume – das Symbol der Revolution – beugt, um deren Duft einzusatmen. Eine Anspielung auf die abtrünnigen Soldaten der Armee von Bashar al-Assad und ein Cartoon zu viel. Die Behörden sperren sein Bankkonto und lassen seine Facebook-Seite und damit seinen wichtigsten Verbreitungskanal schliessen.

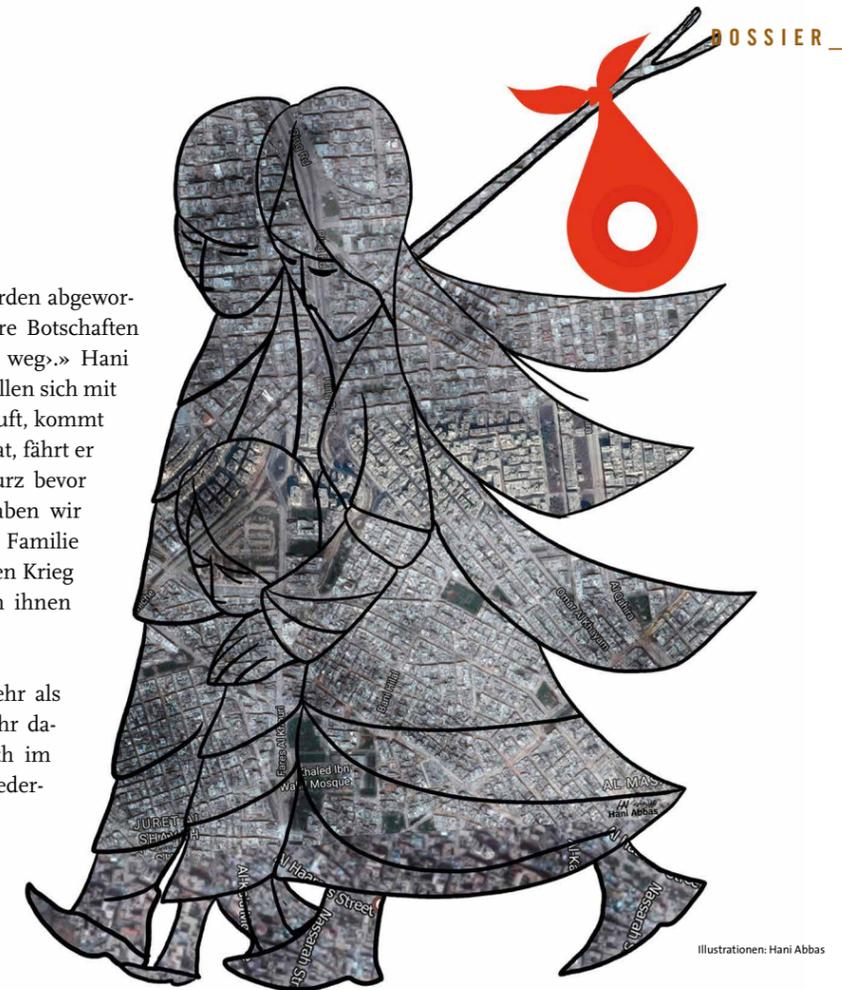
Am 22. August 2012 wird ein befreundeter Journalist brutal ermordet. Hani gibt auf. «Der Tod war normal geworden, Leichen

übersäten die Strassen, immer mehr Bomben wurden abgeworfen. Meine Freunde rieten mir: «Wenn du unsere Botschaften weiterhin verbreiten willst, dann musst du hier weg.» Hani macht eine Pause. Seine grossen grünen Augen füllen sich mit Tränen, er entschuldigt sich, geht an die frische Luft, kommt zurück. Nachdem er sich eine Zigarette gedreht hat, fährt er mit entschlossener Stimme fort: «Ende 2012, kurz bevor unser Stadtviertel vollständig belagert wurde, haben wir dann die Flucht gewagt.» So wie Hani und seine Familie wurden bis heute 11 Millionen Menschen durch den Krieg von ihrem Wohnort vertrieben. 5 Millionen von ihnen sind ausser Landes geflohen.

Aufnahme in der Schweiz | Nach mehr als zwei Monaten erreichen Hani, seine Frau und ihr damals vierjähriger Sohn den Libanon, wo sie sich im palästinensischen Flüchtlingslager Beddawi niederlassen. «Ich wollte wieder ein normales Leben anfangen, aber als syrischer Flüchtling hatte ich wenige Rechte. Ich konnte nicht einmal ein Bankkonto eröffnen, was es schwierig machte, bezahlte Arbeit zu finden.» Aber ein digitaler Engel in Gestalt von Roberta Ventura, Mitglied der Vereinigung Cartoonists for Peace (Karikaturisten für den Frieden), interessiert sich für seine Arbeit und lädt ihn via Facebook für eine Ausstellung nach Genf ein.

«Ich hatte nicht vor, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen, ich dachte mehr an Norwegen, doch meine Gastgeber ermutigten mich, es zu versuchen.» Nach sieben Monaten erhält der Karikaturist den Flüchtlingsstatus und lässt Frau und Sohn nachkommen. Seit seiner Ankunft in der Schweiz hat ihn der Karikaturist Patrick Chappatte unter seine Fittiche genommen. Chappatte hilft Hani, in der Schweiz bekannt zu werden; schon bald werden seine Zeichnungen in der Tageszeitung «La Liberté» und im Wochenmagazin «L'Hebdo» abgedruckt.

Das Syrien seiner Träume | Hani muss keine Bomben mehr fürchten, seine Frau hat in der Schweiz einen zweiten, gesunden Jungen zur Welt gebracht. Und dennoch verfolgen ihn die Gedanken an all jene auf Schritt und Tritt, die weniger Glück hatten als er. «In meinen Träumen bin ich immer in Syrien. Manchmal weiss ich nicht mehr, wie ich in die Schweiz gekommen bin. Es ist, als wäre ich ganz plötzlich hier gelandet.» So gut er kann, hilft er syrischen Flüchtlingen über die Organisation Cartoonists for Peace. Ausserdem spendet er einen Teil der Einnahmen aus dem Verkauf seiner Zeichnungen an die medizinische Hilfsorganisation UOSSM, die humanitäre Hilfe für die Kriegsoffer in Syrien leistet. «Manchmal sage ich mir, ich sollte weniger an Syrien denken und einfach mein Leben weiterleben, aber das ist unmöglich,



Illustrationen: Hani Abbas

das kann ich nicht!», meint Hani mit Nachdruck. Um dem Chaos und dem Horror zu trotzen, wahrt er sich eine wirksame Waffe: den Humor. Er arbeitet an verschiedenen Projekten. «Vor zwei Tagen haben mein Bruder und ich mit einem Animationsfilm angefangen. Wir sind Träumer. Wir träumen davon, die Welt mit unserem Stift ändern zu können, aber in Wirklichkeit sind es Bomben und Panzer, die die Welt verändern... Uns bleibt nur die Hoffnung!»

Hani Abbas ist einer von 11 Millionen SyrernInnen, die der Krieg entwurzelt hat.





Gewalt und Tabus

Seit Beginn der Revolution werden Frauen in Syrien systematisch entführt, in Gefängnissen des Regimes gefoltert und sexuell missbraucht. Nach ihrer Befreiung werden sie oft von ihren Familien verstossen. Von Julie Jeannet

Die sexuelle Gewalt, die von der syrischen Regierung gegenüber Frauen angewandt wird, ist ein wenig bekannter Aspekt dieses schrecklichen Krieges. Das Regime von Bashar al-Assad zielt ganz bewusst auf die Frauen. Denn es weiss, dass die Inhaftierung einer Frau die ganze Familie trifft. Mit Hilfe des Geheimdienstes oder von Milizen werden Frauen inhaftiert und danach sexuell missbraucht. Die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte hat 7686 Fälle gezählt, in denen Frauen Opfer sexueller Gewalt wurden, darunter 432 Mädchen, die jünger als 18 Jahre waren. Die wahren Zahlen dürften um ein Vielfaches höher sein. Oft wird aus einer solchen willkürlichen Verhaftung ein Fall des Verschwindenlassens. Doch die Regierung verneint, diese Frauen verhaftet zu haben, auch wenn Familien es bezeugen können.

Brutale Botschaft | «Am 13. Mai 2011 habe ich den ersten Fall einer Frau dokumentiert, die in Homs entführt wurde», erinnert sich Nura al-Jiawie, die ehemalige Vizepräsidentin der Nationalen Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte. «Es war am Tag, den wir zum ›Freitag der freien Frauen Syriens‹ gemacht hatten. Wir wollten gerade

das Engagement der Frauen in der Revolution feiern», erzählt sie weiter. «Die Shabiha, das sind regimetreue Milizen, haben diese Frauen entführt. Sie wurde im Haus einer der Anführer gefoltert und vergewaltigt. Wir haben die Botschaft sehr schnell verstanden. Das Regime wollte die Frauen dafür bestrafen, dass sie sich an der Protestbewegung beteiligt hatten.»

Mit den ersten Demonstrationen begann Nura die Gewalt in Homs – ihrer Heimatstadt – und danach auch in Aleppo zu dokumentieren. Im Mai 2012 wird sie selbst an einer Busstation vom Regime entführt und fünf Monate unter Folter im Frauengefängnis von Adra in Damaskus festgehalten. Heute lebt die 29-jährige Aktivistin als Flüchtling in der Türkei.

Eine Kriegswaffe | «Diese Form der Gewalt wurde zu einer Waffe des Regimes, um die Clans zu zerschmettern und den Widerstand zu brechen», bestätigt die französische Reporterin Manon Loizeau, die soeben einen Dokumentarfilm mit dem Titel «Silent War» beendet hat. Mit der Eskalation des Konflikts und der Militarisierung der Opposition breitete sich diese Praxis über das ganze syrische Territorium aus. Frauen werden oft auch für den Austausch von Gefange-

Bewusst werden Frauen sexueller Gewalt ausgesetzt – denn damit trifft man nicht nur sie.

nen verwendet oder um Lösegeld zu erpressen. Auch gewisse bewaffnete Truppen der Regimegegner greifen auf diese Methoden zurück, offenbar aber nicht systematisch.

«Das syrische Haftsystem basiert auf einer Abfolge von systematischer Aggression und Demütigung, schon an der Schwelle des Gefängnisses», erklärt Sema Nassar, die Direktorin der Organisation URNAMMU, einem Mitglied des Netzwerks Euro-Med Rights. Sema Nassar ist auch Mitautorin des Berichts «Frauen in Haft: Eine Waffe von Krieg und Terror». «Es gibt nur sehr wenig weibliches Personal unter den Sicherheitskräften und in den Gefängnissen. Die Leibesvisitationen und die Befragungen werden also von Männern durchgeführt. Laut ehemaligen Gefängniswächtern waren alle Methoden erlaubt, die es brauchte, um an Informationen zu kommen. Es musste überhaupt keine Rechenschaft abgelegt werden», sagt Sema Nassar. Auch wenn es keine Beweise von formellen Instruktionen von ganz oben gibt, so scheint die sexuelle Gewalt doch institutionalisiert zu sein. «Es ist offensichtlich, dass es sich um eine Strategie handelt. Die Soldaten verwenden Aufputzmittel und es werden Verhütungsmittel an einige Häftlinge verteilt», ergänzt Manon Loizeau.

In der konservativen syrischen Gesellschaft sind Vergewaltigung und sexueller Missbrauch weiterhin extreme Tabuthemen. Dies ist der Grund, warum es so schwierig ist, die Misshandlung von Frauen in Gefängnissen zu dokumentieren. Im Rahmen ihrer Arbeit am Bericht für Euro-Med Rights haben Sema Nassar und ein Team von sechs syrischen ForscherInnen 53 Interviews mit ehemaligen Gefangenen geführt, die nach Jordanien, in die Türkei oder den Libanon geflohen sind. Die Aussagen der Zeuginnen sind fürchterlich. «Nachdem sie mich ausgezogen haben, haben die zwei Männer die Zelle verlassen und mich mit meinem sechzehnjährigen Sohn nackt zurückgelassen. Einer der beiden ist dann zurückgekommen und hat angefangen, mich zu schlagen und zu vergewaltigen – vor den Augen meines Sohnes. Der Zweite machte dasselbe. Danach kamen sieben Männer, die mich nacheinander vergewaltigten. Ich habe nichts mehr gespürt, ich war ohnmächtig geworden», erzählte Sawsan, die elf Monate lang in verschiedenen Sektoren der Geheimdienste in der Region Damaskus festgehalten wurde. Wenn sie selber nicht vergewaltigt werden, müssen manche Frauen bei der Misshandlung anderer Gefangener assistieren: «Am dritten Tag meiner Haft haben sie mich in einen anderen Raum geführt und gezwungen, bei

der Vergewaltigung einer Gefangenen zu helfen. Zwei Offiziere haben ihr die Arme festgehalten, während der dritte gewalttätig in sie eindrang. Sie versuchte sich zu wehren, vergeblich. Ich habe das Bewusstsein verloren und sie haben mich ins Verhörzimmer gebracht», sagt Nirvana, eine ehemalige Gefangene, die heute 28 Jahre alt ist.

Doppelte Folter | Die Tortur hört mit dem Ende der Haft nicht auf. Scham und Schuldgefühle begleiten die Frauen nach ihrer Entlassung. «In der Bevölkerung glaubt man, dass jede Frau, die im Gefängnis war, vergewaltigt wurde. Auch wenn das nicht stimmt, so verachtet die Gesellschaft diese Frauen. Sie erleiden eine doppelte Folter», erklärt Sema Nassar. Die Haftentlassenen finden nur schwer eine Arbeit und bewegen sich nicht frei, aus Angst, noch einmal verhaftet zu werden. Einige Frauen werden aus ihren Familien verbannt und von ihren Ehemännern abgewiesen. Ledige Frauen werden zwangsverheiratet oder gezwungen, das Land zu verlassen, um die «Schande zu tilgen», die ihre Vergewaltigung über die Familie gebracht hat.

Im schlimmsten Fall werden die Frauen Opfer von sogenannten Ehrenmorden, um die «Würde der Familie wiederherzustellen». Andere begehen Selbstmord. «Als ich aus der Haft entlassen wurde, ging ich zu meiner Tante. Sie warf mir vor, im Gefängnis ein Objekt von beschämenden Praktiken gewesen zu sein und die Familienehre befleckt zu haben. Sie zwang mich, nach Damaskus zurückzukehren. [...] Einige Monate später haben zwei junge Männer versucht, mich zu ermorden», erzählt die 19-jährige Zaina, die im Rahmen des Berichts von Euro-Med Rights befragt wurde.

«Es ist schrecklich, aber die syrische Gesellschaft hat die Tendenz, ehemalige Häftlinge als mitschuldig zu betrachten an der Gewalt, die sie erlebt haben. Es gibt nur wenig Unterstützung für sie», sagt Nura al-Jiawie. Die junge Frau hat im Januar 2015 die Organisation Start Point gegründet, die anderen Opfern von Missbrauch durch die Regierung helfen will. «Wir können den Krieg nicht beenden, nicht die Entführungen, die Haft, die Folter. Aber wir können unsere Hand den Überlebenden entgegenstrecken. Es braucht einen Mentalitätswandel, damit diese Frauen nicht mehr als Opfer, sondern als Heldinnen betrachtet werden!»

Die Schande der Haft: Freigelassene Frauen werden verstossen, zwangsverheiratet oder gezwungen, das Land zu verlassen.

Dem Unfassbaren auf der Spur

Wie kann Amnesty International zu einem Land wie Syrien recherchieren, das die Organisation nicht einreisen lässt? Eine zentrale Rolle spielen gute Kontakte und digitale Mittel. Von Carole Scheidegger

Kein Einlass für Amnesty International: Wäre Syrien ein Haus, stünde das an der Vordertür. Die Organisation ist hier kein gern gesehener Gast. Das hatte übrigens schon unter Präsident Hafez al-Assad, dem Vater von Bashar al-Assad, Tradition. Seit 2011 erhält Amnesty nun gar keinen offiziellen Zugang mehr, trotz wiederholten Anfragen. Normalerweise reisen VertreterInnen der Organisation nur mit Erlaubnis in ein Land, bei Syrien machte Amnesty aber angesichts der Umstände Ausnahmen. Die Krisenbeauftragte der Organisation, Donatella Rovera, reiste in den ersten Jahren des Konflikts wiederholt «undercover» nach Syrien und recherchierte vor Ort. Mit dem Erstarken des selbsternannten «Islamischen Staates» (IS) und anderer bewaffneter Gruppen wurde das allerdings unmöglich. Diana Semaan, seit zwei Jahren bei Amnesty als Syrien-Researcherin tätig, hielt sich noch 2015 in den kurdischen Gebieten im Norden auf, jetzt kann auch sie das Risiko nicht mehr eingehen. Aber wie stellt die Organisation seither Untersuchungen an? Es bleibt nichts anderes übrig, als von aussen zu recherchieren. Eine wichtige Rolle spielen heute digitale Mittel, aber die klassische Amnesty-Methode – die Befragung von Zeuginnen und Zeugen – kommt weiterhin ständig zum Zuge.

Unzählige Gespräche | «Wir befragen Flüchtlinge in den Nachbarländern, aber auch in Europa», erklärt Semaan. «Und wir kommunizieren mit Leuten, die noch immer in Syrien sind.» Die Researcherin forschte vor dem Wechsel zu Amnesty schon vier Jahre lang bei Human Rights Watch zu Syrien. Sie hat also ein grosses Kontaktnetz. Amnesty kommt ausserdem über lokale Or-

Diana Semaan, Syrien-Researcherin bei Amnesty International.

ganisationen oder über öffentliche Dokumente, etwa Artikel oder Social-Media-Beiträge, an Zeuginnen und Zeugen heran. Zum Beispiel an jene Menschen, die Auskunft gegeben haben über das Gefängnis Saydnaya, zu dem Amnesty im Februar den neusten Bericht herausgegeben hat. 84 Zeugen wurden dafür befragt, darunter ehemalige Gefangene, Wärter, Anwälte und Richter. Semaan prüft immer genau, ob diese Menschen wirklich die sind, die sie vorgeben zu sein, und tatsächlich gesehen haben, was sie behaupten. «Wir verlassen uns nie auf nur eine einzelne Quelle», sagt die in Beirut stationierte Researcherin. «Und wenn eine Aussage nicht übereinstimmt mit dem, was mir mehrere andere Menschen über einen bestimmten Vorfall oder ein Gefängnis berichtet haben, so werde ich hellhörig.» Wichtig ist Diana Semaan zudem: «Wir nehmen nie nur eine Kriegspartei in den Fokus. Nur wenn wir die mutmasslichen Verbrechen aller Parteien untersuchen, bleiben wir glaubwürdig.» Unabhängigkeit ist in einem Konflikt wie in Syrien, in welchem viel Propaganda betrieben wird, unerlässlich. Denn heftige Angriffe auf Amnesty bleiben nie aus, wenn ein Bericht über Syrien veröffentlicht wird. Bashar al-Assad tat den Saydnaya-Bericht pauschal als Fake-News ab – und das, obwohl er wie jede Regierung zwei Wochen vor der Publikation Gelegenheit zur Stellungnahme gehabt hätte, die er nicht wahrnahm. Russische Staatsmedien führten eine regelrechte Kampagne gegen den Bericht und auch Amnesty Schweiz erhielt Zuschriften und Kommentare auf Social Media, wonach doch der ganze Bericht erlogen sei.

Fotos im Stresstest | Die Recherche muss also hieb- und stichfest sein. Diana Semaan arbeitet oft mit Christoph Koettl zusammen, dessen Büro sich Tausende von Kilometern entfernt in Washington D.C. befindet. Koettl ist im Krisen-Team von Amnesty International tätig und ist Spezialist im Bereich Technologie. Erhält Semaan zum Beispiel ein



Satellitenbilder können die Zerstörung von Häusern (Bild links: Aleppo) oder den genauen Standort von Gefängnissen (Bild oben: Militärgefängnis Saydnaya) dokumentieren.

Bild oder ein Video von einer Kontaktperson, schickt sie es zur Verifizierung an den Kollegen. «Wir unterziehen Fotos und Videos einem Stresstest», sagt Koettl. Zuerst prüft er, ob das Bild nicht viel älter ist, als die Quelle vorgibt. Dafür reicht eine rückwärtige Bildsuche bei Google. Dann versucht er zu lokalisieren, wo der Schauplatz genau liegt. «Manchmal können wir ihn identifizieren anhand eines Ladens oder einer Moschee, die auf dem Bild zu sehen sind und die wir von früheren Aufnahmen kennen.» Untersuchungen wie diese geben über die Glaubwürdigkeit Auskunft. Verlässliches Material kann zum Beispiel Hinweise liefern dazu, ob auch Zivilpersonen von einem Angriff betroffen waren. Koettl erinnert sich, wie er im vergangenen November in einem Video, das er in Zeitlupe abspielte, ganz kurz ein Mädchen erblickte. Ein Mädchen in den Ruinen eines Hauses, das bei einem US-geführten Angriff zerstört wurde. Dieser Angriff traf also offensichtlich nicht nur Kämpfer, sondern auch Zivilpersonen.

Koettl wertet auch Social-Media-Beiträge aus oder Satellitenbilder. Letztere sind hilfreich, um die Zerstörung von Häusern zu dokumentieren oder den genauen Standort von Gefängnissen. So auch das Militärgefängnis Saydnaya. Alleine auf solche Medien stützt sich Amnesty aber nicht. «Die Erkenntnisse, die wir gewinnen, werden immer mit Aussagen von Zeugen abgeglichen», betont Koettl. Der Technologiespezialist und sein Team helfen auch dabei, die Amnesty-Untersuchungsergebnisse mit Visualisierungen für die Öffentlichkeit fassbarer zu machen, zum Beispiel mit interaktiven Karten. «Die Grundlage dafür ist aber immer eine

solide Recherche», sagt Koettl. «Die schickste Karte taugt nichts, wenn die Fakten dahinter nicht tragen.» Für Visualisierungen arbeitet Amnesty manchmal mit externen Partnern zusammen, zum Beispiel im vergangenen Jahr mit Forensic Architecture. Das Londoner Institut baute aufgrund der Amnesty-Recherche ein 3D-Modell von Saydnaya. So konnte die Öffentlichkeit doch einen Einblick erlangen in die schreckliche Haftanstalt, in die Bashar al-Assad keine unabhängigen BeobachterInnen vorlässt.

Objektiv bleiben | Die Untersuchung des Materials ist für Koettl und sein Team, das auch bei anderen für Amnesty unzugänglichen Ländern wie Nordkorea ermittelt, allerdings oft keine leichte Aufgabe. Nach dem Giftgasangriff auf Chan Scheichun wertete die Technik-Crew von Amnesty Bilder und Videos aus, die aufeinandergestapelte Kinderleichen zeigten. Ein furchtbarer Anblick. Dass Koettl selbst nicht in Syrien im Feld ist, macht seine Arbeit zwar physisch weniger gefährlich, aber dafür zwingt es ihn manchmal zum Spagat zwischen zwei Welten. «Am Mittag untersuche ich Bilder von Leichen, abends gehe ich mit der Freundin in eine Bar etwas trinken – da prallen Gegensätze aufeinander», erklärt er. Von der Sinnhaftigkeit seiner Arbeit bleibt der gebürtige Österreicher aber überzeugt. Auch Diana Semaan in Beirut ist mit unglaublich schwierigen Schicksalen konfrontiert. «Aber ich habe ein Ziel: Ich will Menschenrechtsverletzungen aufdecken, damit sie nicht vergessen gehen. Und ich will möglichst objektiv sein. Das hält mich am Laufen.»



© Giorgos Moutafis / AI

Eine Oase auf der Insel der Verzweiflung

Mangelnde Hygiene, Unsicherheit, Gewalt. Die Frauenflüchtlinge auf der Insel Chios leben unter extrem schwierigen Bedingungen. Im kleinen Zentrum Athena finden die Migrantinnen einen Platz für sich als Frauen. Von Julie Jeannet

Zelt an Zelt: Das Camp Souda, das in einem Graben der Stadtmauer von Chios liegt.

Gabrielle Tan geht in den Gängen des Spitals auf der Insel Chios auf und ab. Alle Krankenpflegerinnen sind beschäftigt. Eine blonde Strähne schaut unter einer grauen Bettdecke hervor, das Spitalbett steht im Durchzug. Ein Soldat stürmt durch die Gänge. Ein Mann sitzt mit leerem Blick auf einer Bank. Wenn die griechische Sparpolitik das Gesundheitswesen nicht sowieso schon durchgerüttelt hätte – die Ankunft von Hunderttausenden MigrantInnen schiebt es definitiv an den Abgrund. Heute begleitet Gabrielle die vierfache Mutter Nastaran zu einer medizinischen Kontrolle.

Leben im Zelt | Es sind Hindernisläufe, die Gabrielle rund um die griechischen Administrationswege, um die Prozeduren mit dem Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und die lokalen Gesundheitsdienste machen muss, um «ihren Mädchen» zu helfen. Seit Beginn dieses Jahres kümmert sie sich um Frauen, die im Asylverfahren auf der Insel Chios feststecken. Die Welt scheint diese Frauen vergessen zu haben.

Sechs Kilometer von der türkischen Küste entfernt, ist die Insel zu einem Eingangstor Europas geworden. Seit Januar 2016 sind über 42.000 Personen auf der fünftgrößten Insel Griechenlands angekommen, die zuvor 53.000 EinwohnerInnen zählte. Nach dem Migrationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei vom 20. März 2016 wurden Chios und die anderen Inseln im ägäischen Meer zu Gefängnissen unter freiem Himmel. Aufgrund dieses Abkommens wird jede Person, die via Türkei in

Griechenland ankommt, in die Türkei zurückgeschickt. Es sei denn, ihr Asylantrag wird durch Griechenland angenommen. Anfang Mai lebten auf Chios über 3800 Flüchtlinge auch bei Extremtemperaturen in Zelten. Wer etwas Glück hat, bekommt einen Container als Unterkunft. Und alle haben sie Angst, in die Türkei zurückgeschickt zu werden.

Nastaran* floh mit ihrem gewalttätigen Mann aus Afghanistan. Nun will sie sich von ihm scheiden lassen. Weil er auch im Lager auf sie losging und drohte, sie mit Säure zu überschütten, lebt sie nun in einer Wohnung. Trotz der Umstände hat die gelernte Köchin immer ein Lächeln auf dem Gesicht, wenn sie durch die Tür des Frauenzentrums mit Namen «Athena» kommt, welches von Gabrielle in einer kleinen Wohnung nahe des Flüchtlingscamps von Souda eingerichtet wurde. Die Afghanin ist sofort von einer Gruppe Syrerinnen umgeben. Die kleine Zweizimmer-Wohnung mit Küche und winzigem Bad wurde in Pastellfarben frisch gestrichen, einige Möbel wirken zusammengebastelt. Pflanzen und eine Bilderwand mit Zeichnungen und Botschaften in Englisch und Arabisch geben dem Raum etwas Behaglichkeit.

Heute Morgen ist die Atmosphäre sowieso eher fröhlich. Eine junge Algerierin trägt ein Kleid, auf dem «Make today awesome» (Mach den Tag zu etwas Besonderem) geschrieben steht. Der Slogan klingt wie ein Versprechen in diesem Umfeld, wo die Hoffnung jeden Moment zusammenbrechen kann. Jenni, eine Freiwillige aus Zürich, begrüßt die Frauen mit einer Umarmung und einem lauten «Marhaba» (arabisch für Willkommen). Die Frauen tauschen ihre Schuhe mit Plastikpantoffeln. Einige machen es sich im kleinen Wohnzimmer bequem, verbinden sich mit dem Internet, trinken Kaffee und erholen sich – fern von allen männlichen Blicken. Andere warten darauf, dass sie endlich eine warme Dusche nehmen können.

*Namen geändert

Die Unsicherheit im Lager | Abgesehen von der Erholung und den Sprachkursen, die dieses kleine Zentrum bietet, erhalten die Frauen hier soziale und psychologische Hilfe. Oleya* kam am 25. März in Chios an. In eine schwarze Tunika und ein schwarzes Kopftuch gekleidet, drückt sie die Trauer um ihren Mann und einen ihrer Söhne aus, die in Syrien gestorben sind. «Dieses Zentrum ist der einzige Ort, an den ich hingehe, wenn ich mein Zelt verlasse. Ich bin so müde. Hier kann ich mich ein wenig ausruhen.»

In den überfüllten Lagern Souda und Vial fühlen sich die Frauen nicht sicher. Die Toiletten können nicht abgeschlossen werden, es gibt kein warmes Wasser, und die Männer benutzten ständig die Sanitäranlagen, die für die Frauen reserviert waren. «Es ist beschämend, immer den Vater oder den Bruder fragen zu müssen, ob er mich begleitet, wenn ich duschen will oder aufs WC muss», ärgert sich Amsa*. Die Zwanzigjährige aus al-Qamichli in Syrien musste bei Beginn des Krieges ihr Studium abbrechen. Sie kam im vergangenen September auf Chios an und hat soeben die Ablehnung ihres Asylgesuchs durch die griechischen Behörden erhalten. Die lange Zeit der Unsicherheit hat in ihrem jugendlichen Gesicht Spuren hinterlassen und sie ist wütend: «Wir sind vor der Gewalt geflohen und nun müssen wir in Griechenland würdelos dahinvegetieren. Wir werden hier nicht wie Menschen, sondern wie Zahlen behandelt. Für uns Frauen ist es am Schlimmsten, denn wir brauchen ständig Begleitschutz.»

Saliha*, eine Englischlehrerin aus Homs, kam im vergangenen August zusammen mit ihrer Mutter und ihrem Bruder auf der Insel an. «Nach unserer Ankunft sagte man uns, dass wir maximal 25 Tage auf der Insel verbleiben müssen, nun warten wir aber schon seit über acht Monaten», erzählt sie. «Das grösste Problem in den Lagern sind die



Prekäre hygienische Verhältnisse und Gewalt: Das Frauenzentrum bietet Erholung vom harten Alltag.

mangelnde Hygiene, die Ratten und die medizinische Versorgung. Alles wird mit Aspirin behandelt», erklärt sie mit zynischem Unterton. «Als ich hier ankam, war es das Athena-Zentrum, das mir half, wieder auf die Beine zu kommen. Es war für mich selbstverständlich, dass ich angefangen habe, den Frauen hier Englisch beizubringen. Sie sind für mich fast zu einer zweiten Familie geworden.»

Es war im Jahr 2015, als Gabrielle, ursprünglich Anwältin, dann beschloss, ihr Leben auf den Kopf zu stellen und den Flüchtlingen auf der Balkanroute zu helfen. Sie erstellte eine Facebook-Seite unter dem Namen Action from Switzerland und erhielt sofort Tausende Spenden. Nachdem sie Hunderte Zelte, Decken, Schlafsäcke und Lebensmittelkisten in Ungarn und Syrien verteilt hatte, ging sie den umgekehrten Weg der Flüchtlinge bis nach Chios. Auf der Insel half sie, die Flüchtlinge auf den vollkommen überladenen Booten mit heissem Tee und warmen Kleidern zu empfangen. Nach dem Abkommen der EU mit der Türkei nahm die Zahl der Neuankömmlinge drastisch ab. Also suchte Gabrielle andere Möglichkeiten, um zu helfen.

«In den Camps kriegte ich die schrecklichen Erfahrungen mit, die die Frauen machen mussten: So drang beispielsweise ein Mann in ein Zelt ein und packte

eine Jugendliche. Die Frauen wurden auf den Toiletten ständig belästigt», erinnert sie sich. «Also schlug ich acht Frauen, die ich gut kannte, vor, einen Raum zu mieten, in dem sie sich sicher fühlen sollten. Ein Ort, den sie als Heim ausserhalb des Lagers betrachten durften.» Die Kunde vom kleinen Zentrum, das nach der griechischen Göttin der Weisheit, Athene, benannt ist, machte unter den Frauen rasch die Runde. Seit seiner Eröffnung im Juli 2016 haben es rund 4000 Frauen und Mädchen ab 13 Jahren genutzt.

Alltag der Gewalt | Die Camps bieten nicht gerade den geeigneten Ort, um sich von Krieg und Verfolgung zu erholen. Im November 2016 haben rechts-extreme Gruppierungen Steine und Molotow-Cocktails auf das Souda-Lager geworfen. Mehrere Personen wurden verletzt und eine im dritten Monat schwangere Frau verlor ihr Kind. Ausserdem brechen immer wieder Schlägereien aus. Am 30. März wurde ein 29-jähriger Syrer Opfer eines Feuers im Lager Vial. In dieser Atmosphäre des Wartens und der Ungewissheit sind die Frauen vielfältigen Gewaltformen ausgesetzt: Vergewaltigungsversuche, Diebstahl, häusliche Gewalt, Menschenhandel, Aggression und Einschüchterung. «Ich versu-

che, die verletzlichsten Personen herauszufiltern, so vor allem alleinerziehende Mütter, unbegleitete Minderjährige, Schwangere und Behinderte», erklärt die Gründerin des Frauenzentrums. «Manchmal kümmern wir uns auch um Männer, so zum Beispiel jetzt gerade um einen alleinstehenden Vater, der taub, stumm und Analphabet ist. Momentan betreue ich auch eine schwangere Minderjährige, die jetzt endlich in einer Wohnung wohnen darf. Ich passe auf, dass ihre Rechte respektiert werden. Es gibt so viel zu tun.»

Um 19 Uhr, als sich die Türen des Zentrums Athena schliessen, begleitet Gabrielle Nastaran in die kleine Wohnung, die das Uno-Flüchtlingshilfswerk gemietet hat. Ihr ältester Sohn, ihre Zwillinge und ihre jüngste Tochter warten auf sie. Der Mutter schiessen sofort die Tränen in die Augen. Gabrielle muntert sie auf: «Du schaffst das, du brauchst niemanden. Du hast schon so viele Probleme alleine bewältigt.»

Ein Refugium in Athen

Die Organisation Action from Switzerland hat festgestellt, dass Frauenflüchtlinge auch dann noch von einem erhöhten Armuts- und Gewaltisiko betroffen sind, wenn sie Asyl erhalten haben. Darum beabsichtigt die Organisation im Sommer 2017 ein weiteres Frauenzentrum in Athen zu eröffnen, das für rund 30 Frauen ein Rückzugs- und Bildungs-ort werden soll.
www.actionfromswitzerland.ch

Dadaab bleibt

Das grösste Flüchtlingslager der Welt im kenianischen Dadaab wird nicht geschlossen. Amnesty International hatte sich zusammen mit kenianischen NGOs gegen die Vertreibung der BewohnerInnen eingesetzt. Von Hannah El-Hitami

Über eine Viertelmillion Menschen können erst einmal aufatmen: Das Oberste Gericht Kenias hat im Februar entschieden, dass Dadaab, das weltweit grösste Flüchtlingslager im Osten des Landes, nicht geschlossen werden darf. Richter John Mativo bezeichnete die geplante Schliessung als «diskriminierend». Internationale Verträge und die kenianische Verfassung erlaubten keine Rückführung von Geflüchteten an Orte, an denen ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen.

In Dadaab zuhause | Amnesty hatte zwei kenianische Nichtregierungsorganisationen bei einer Klage unterstützt, die das Gerichtsverfahren ins Rollen brachte und die Vertreibung Hunderttausender Menschen verhinderte. Das Flüchtlingslager Dadaab entstand vor mehr als 25 Jahren. Zeitweise lebten dort eine halbe Million Menschen. Mehr als neunzig Prozent der BewohnerInnen stammen aus Somalia, wo Soldaten der Regierung sowie der Friedensmission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) gegen Einheiten der Islamistenmiliz al-Shabaab kämpften. Hätte die kenianische Regierung unter Präsident Uhuru Kenyatta das Camp geschlossen, wären viele BewohnerInnen nach Somalia abgeschoben worden.

Ein Amnesty-Bericht beschrieb 2016, wie einzelne BewohnerInnen, die sich unter Druck der kenianischen Regierung zur Rückkehr nach Somalia entschlossen hatten, danach wieder ins Lager Dadaab zurückkamen. In Somalia drohen Überfälle

und Zwangsrekrutierungen durch die islamistische al-Shabaab. Ausserdem haben sie in dem gescheiterten Staat kaum eine Chance auf Gesundheitsversorgung, Arbeit und Lebensmittelsicherheit.

Viele von ihnen sind in Dadaab aufgewachsen, so zum Beispiel die 21-jährige Aisha: «Dies ist mein Zuhause. Ich kann nirgendwo anders hingehen. Es gibt keinen Frieden. Es ist unmöglich zurückzukehren.» Selbst wenn die Lage in Dadaab gerade auch für Frauen sehr problematisch sein kann, weil ihnen Übergriffe drohen, so ist die Rückkehr nach Somalia noch angsteinflössender.

Vorbild Europa | Die kenianische Regierung will das Urteil des Obersten Gerichts anfechten. Sie hatte das Flücht-

lingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) im April 2015 erstmals dazu aufgefordert, das Lager zu schliessen. Auslöser für diesen Schritt war die Ermordung von 147 Studierenden der Universität Garissa durch al-Shabaab-Milizionäre. Die Regierung behauptet, dass Mitglieder der Miliz in dem nur 100 Kilometer von Garissa entfernten Flüchtlingslager Unterschlupf finden, lieferte dafür jedoch bislang keine Beweise.

Der britische Menschenrechtler und Autor Ben Rawlence sieht einen Zusammenhang zwischen der Schliessungsdrohung und dem EU-Türkei-Abkommen: «Kenia hat gesehen, dass die Türkei drei Milliarden Euro zugesichert bekommen hat, um Flüchtlinge zu versorgen. Die Regierung feilscht um Geld.»



Alltag im weltgrössten Flüchtlingslager Dadaab in Kenia.

© Film Aid

Kalte Logik der Algorithmen

Killerroboter sind nicht mehr Science-Fiction. Weltweit gibt es einen Trend hin zu automatisierten Waffensystemen, die sich menschlicher Kontrolle immer weiter entziehen. Kritische Stimmen wie Niklas Schörnig befürchten einen Rüstungswettlauf mit künstlicher Intelligenz.

Interview: Hannah El-Hitami

► **AMNESTY:** Der Bordcomputer HAL hat es im Science-Fiction-Film «2001 – Odyssee im Weltraum» vorgemacht, mittlerweile ist das Thema bis in den «Tatort» vorgegrungen: Computer verselbstständigen sich und entziehen sich der Kontrolle ihrer menschlichen Erschaffer. Können Menschen wirklich einschätzen, wozu künstliche Intelligenz fähig ist?

◄ **Niklas Schörnig:** Ich bin mir nicht sicher, ob wir immer wissen, was Software macht, nur weil wir den Code kennen. Denn moderne Systeme sind sehr komplex und manche dazu noch lernfähig. Da es praktisch nicht vorherzusehen ist, was die Software lernt, habe ich meine Zweifel, dass man da wirklich die Kontrolle behalten kann.

► **Was bedeutet das für Roboter, die in der Kriegsführung eingesetzt werden?**

◄ Wenn wir davon ausgehen, dass zukünftige Systeme auf der Basis von künstlichem Lernen Entscheidungen treffen können, wissen wir nicht, wie sie

in einer Extremsituation reagieren werden. Das heisst, die Systeme könnten etwas Überraschendes tun oder etwas, das wir überhaupt nicht wollen und das möglicherweise gegen Recht und Ethik verstösst.

► **Wie weit ist der Einsatz autonomer Waffensysteme bereits fortgeschritten?**

◄ Nach amerikanischer Definition sind autonome Waffensysteme Systeme, die Zielauswahl und Zielbekämpfung verbinden – ohne dass ein Mensch das Ziel bestätigen müsste, womit der Angriff ja bislang erst eingeleitet wurde. Solche Systeme existieren bereits zur Verteidigung von Schiffen oder Lagern, wo etwa automatische Kanonen eingesetzt werden, die anfliegende Geschosse abschiessen. Allerdings sind solche Systeme noch nicht für Angriffe auf Menschen entwickelt. Bislang werden diese Systeme in der Regel stationär eingesetzt, das heisst, man hat eine halbwegs gute Vorstellung davon, wo sie wirken werden.



Schleichender Verlust menschlicher Kontrolle. US-Soldaten bei der Steuerung einer Drohnen-Show in Point Mugu, Kalifornien, Juli 2015.

Wenn etwa das komplexe Waffensystem eines Staats auf das eines anderen trafe, das wiederum auf sehr komplexen Algorithmen basiert, liesse sich die Interaktion dieser Algorithmen nicht vorhersehen. Es könnte zu Kriegen aus Versehen kommen, weil diese Systeme sich unerwartet als feindlich interpretieren. Und da diese sehr, sehr schnell agieren, könnte es dazu kommen, dass der Konflikt eskaliert, ehe der Mensch das überhaupt merkt.

► **Welche Bemühungen zur Kontrolle der Entwicklungen gibt es?**

◄ Der Diskurs über tödliche autonome Waffensysteme wird dank verschiedener NGOs, darunter auch Amnesty International, seit 2010 immer intensiver geführt. Und 2017 werden die Entwicklungen erstmals in einem offiziellen Expertentreffen der Unterzeichnerstaaten der Uno-Waffenkonvention in Genf diskutiert. Bei diesem Thema hat die Zivilgesellschaft staatlichen Vertretern die Bedrohung, die von diesen Waffensystemen ausgeht, sehr schnell klarmachen können. Geholfen hat, dass eben noch kein Staat über autonome Waffensysteme verfügt, die sich gegen Menschen richten.

► **Was ist das Ziel des Treffens in Genf?**

◄ Es soll ein Verbot tödliche autonomer Waffensysteme erreicht werden, die ganz bewusst Menschen ins Visier nehmen und die Entscheidung über die Tötung selbstständig treffen. Natürlich ist die Durchsetzung eines möglichen Verbots extrem schwierig. Die Frage, ob eine Waffe selbstständig über Leben und Tod entscheidet, ist eine Frage der Software, und wir wissen noch nicht, wie sich Software durch Rüstungskontrollabkommen kontrollieren lässt. Aber immerhin gibt es bislang keinen Staat, der solche Systeme ernsthaft befürwortet. Das lässt hoffen. |

► **Wie viel Kontrolle werden Roboter in den Kriegen der Zukunft ausüben?**

◄ In der Zukunft lassen sich automatisierte Waffensysteme vorstellen, die die Entscheidung darüber, einen bestimmten Menschen oder eine Gruppe von Menschen anzugreifen, selbstständig treffen, ohne dass das ein Mensch verifizieren und bestätigen müsste. Ausserdem wären diese Systeme mobil, sodass sich nicht vorhersagen liesse, an welchem Ort sie aktiv werden. Überall existieren schon Systeme, die den Menschen noch in der Schleife haben, ihn aber unter enormen Druck setzen, sehr schnell zu entscheiden. Da bleibt der Mensch formal zwar der Entscheider. Er kann aber nicht immer sinnvoll überprüfen, ob das, was der Computer vorschlägt, überhaupt ein völkerrechtlich valides Ziel ist.

► **Warum sollte es besser sein, wenn Menschen Menschen töten – und nicht Maschinen?**

◄ Einige Robotiker in den USA sagen, es wäre gar nicht schlecht, Computer über Leben und Tod entscheiden zu lassen, weil sie das ohne Emotion tun können und damit sozusagen «humaner». Der

Es könnte zu Kriegen aus Versehen kommen, wenn die Waffensysteme verschiedener Staaten sich unerwartet als feindlich interpretieren. Der Konflikt könnte eskalieren, ehe der Mensch das überhaupt merkt.

Roboter, so diese Logik, schiesse nicht zurück aus Angst, Rache oder aus Verzweiflung – er begehe deshalb auch keine Kriegsverbrechen. Dem würde ich entgegenhalten, dass es grundsätzlich unethisch ist, einen Computer über Leben und Tod entscheiden zu lassen. Es muss immer ein Mensch als Kontrollinstanz da sein, jenseits der kalten Logik von Algorithmen – ein Mensch, der sein Gewissen belastet, der mit dieser Entscheidung leben muss und für deren Konsequenzen die Verantwortung trägt.

► **Menschen können aus Rache, Furcht oder Stress handeln. Welche Fehlerquellen gibt es bei Robotern?**

◄ Die aktuelle Generation an Systemen ist definitiv noch nicht in der Lage, zwischen Kombattanten und Zivilisten zu unterscheiden. Das fällt sogar Menschen schwer. Computer kennen bisher auch noch nicht das Kriterium der Proportionalität, das im Völkerrecht eine ganz zentrale Rolle spielt. Demnach muss der Einsatz der Waffe im Verhältnis zum militärischen Vorteil stehen. Aber selbst wenn Computer das in Zukunft berücksichtigen könnten, entstünden neue Probleme:



Niklas Schörnig arbeitet seit 2005 bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt am Main. Dort beschäftigt er sich mit Militärstrategien und -technologien, der Robotisierung der Streitkräfte sowie der Zukunft der Rüstungskontrolle.

Sisi unterdrückt, Aida wehrt sich

In Ägypten herrscht Präsident al-Sisi mit eiserner Faust. Aida Seif al-Dawla leistet Widerstand und will ihre Anti-Folter-Organisation retten. Das Zentrum al-Nadeem wurde zwar geschlossen, aber seine Leiterin lässt sich nicht so schnell einschüchtern. Von Sid Ahmed Hammouche

Am vergangenen 9. Februar mitten im Zentrum von Kairo, wenige Schritte von der geschäftigen Ramses-Strasse entfernt: Aida Seif al-Dawla trifft als erste vor den Büros ihrer NGO al-Nadeem ein, einem Zentrum für Opfer von Gewalt und Folter. Polizeikräfte versperren den Eingang. Aidas erste Reaktion: Sie will den Pförtner des Hauses schützen – ein armer Mann, der nichts mit der NGO zu tun hat und dessen Verhaftung sie verhindern kann. Dann werden die Büros geschlossen. Der Befehl zur Schliessung kam vom Gesundheitsministerium und vom Kairoer Azbakya-Distrikt. Die Behörden begründen ihren Entscheid damit, dass al-Nadeem die Zulassungsbestimmungen nicht einhalte.

Die Regierung hat also gewonnen. Es ist ihr gelungen, die letzte kritische Stimme zum Verstummen zu bringen, die letzte Organisation, die die autoritären Tendenzen der Regierung kritisierte und Berichte über Folter veröffentlichte. Schon zuvor hatten die Behörden mehrmals versucht, diese Widerspenstigen zum Schweigen zu bringen: durch Drohungen, Inspektionen, Schikanen und Beschattung der Angestellten. Ganz zu schweigen vom Druck auf die Opfer, die es gewagt hatten, diesen schützenden Hafen anzusteuern. Das Zentrum, das seit den 1990er-Jahren besteht, bot me-

Der Journalist Sid Ahmed Hammouche schreibt für Westschweizer Zeitungen und berichtet regelmässig aus Nordafrika und dem Nahen Osten.

dizinische Versorgung, anwaltschaftliche Vertretung, die Aufnahme von Zeugenaussagen, Hilfe für vergewaltigte Frauen und eine Telefon-Hotline. Eine immense Arbeit, die von der ägyptischen Zivilgesellschaft, ausländischen Amtsstuben und internationalen NGOs anerkannt wurde.

Schwarzes Schaf | Bei Besuchen im Zentrum waren das Selbstbewusstsein und die Heiterkeit von Aida Seif al-Dawla augenfällig. Die Psychiaterin mit dem runden Gesicht und den wachen Augen hatte für alle ein warmes Lächeln. Sie beobachtete aufmerksam, wie sich der Raum mit Frauen, Männern und Kindern füllte. Bekannte und neue Gesichter. Trotz der Belästigung durch die Behörden weigerte sich Aida, Angst zu haben. «Seit dem ägyptischen Frühling beeindruckt mich nichts mehr. Ich verspüre vor allem Traurigkeit über den aktuellen Zustand des Landes. Keine Freiheit, keine Demokratie, eine katastrophale wirtschaftliche und soziale Situation...», sagt die 62-Jährige.

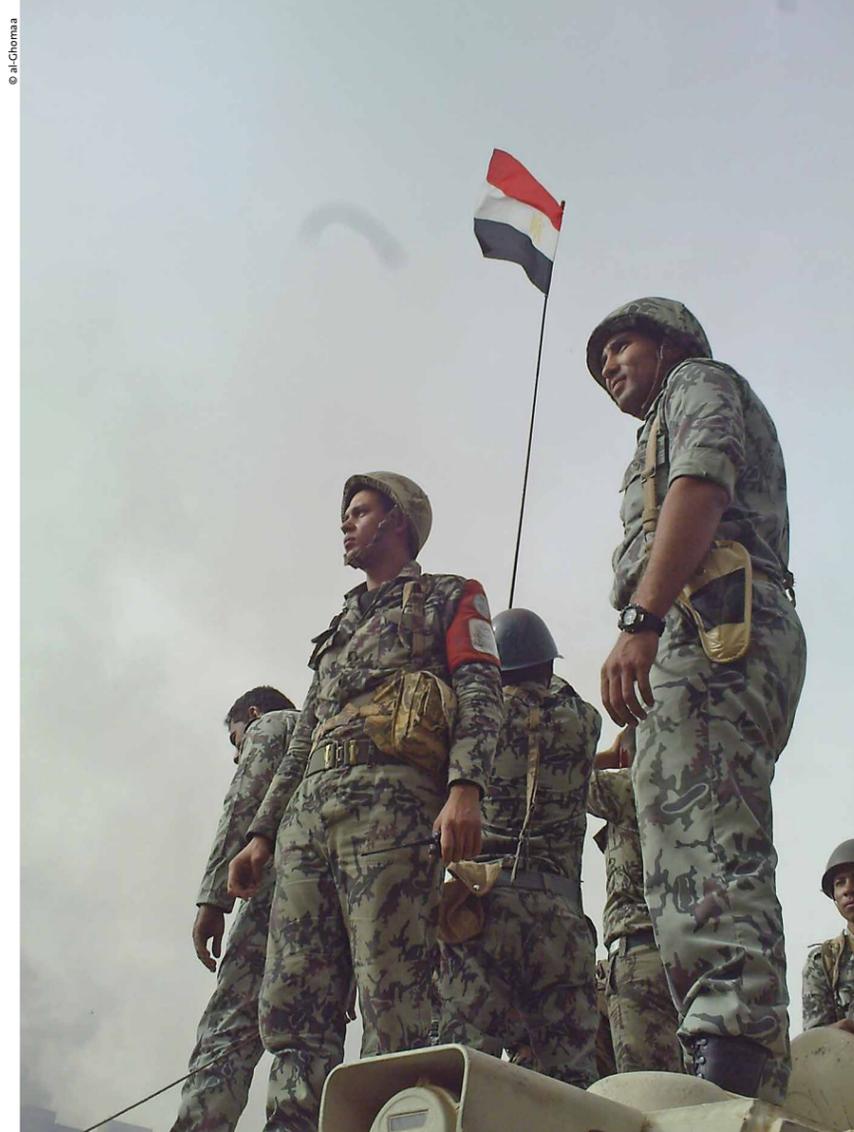
Die entschlossene Aktivistin für die Menschenrechte wurde für mehrere aufeinander folgende Regierungen zum schwarzen Schaf – von Hosni Mubarak bis Abdel Fattah al-Sisi. Sechs Jahre nach dem Fall von Mubarak erstickt das Land unter einer noch repressiveren Regierung. «Das Regime von al-Sisi unterdrückt die Organisationen der Zivilgesellschaft. Seit der ehemalige Armeechef die Macht übernommen hat, führt er das Land mit eiserner Faust. Mehrere Anfüh-

rer der Muslimbrüder sind im Gefängnis, Oppositionelle und Aktivistinnen dürfen das Land nicht verlassen. Aber trotz der Schikanen werden wir die Auswüchse dieser Militärdiktatur weiterhin anprangern, die den Traum von der Demokratie in Ägypten in einen Albtraum verwandelt hat», sagt Aida Seif al-Dawla. Die Organisation al-Nadeem setzt ihren Einsatz mit telefonischer Beratung und öffentlichen Versammlungen fort. «Wir haben zwar keine Büros mehr, aber wir sind überall. Wir sind mobil», erklärt die Leiterin der Organisation.

Geschichten des Grauens | «Mit unseren Berichten über Folter und Verschwindenlassen ärgern wir die Militärs», fährt die mutige Frau fort, die ihr Land mit 82 Millionen EinwohnerInnen nie verlassen hat. Ägypten ist zu einer



Aida Seif al-Dawla kümmert sich um Opfer von Folter und Gewalt.



Kaserne ohne Dach geworden. Die Verlängerung des Ausnahmezustands und ein Anti-Terror-Gesetz drücken auf die Redefreiheit. Die Bevölkerung hat Angst vor der Polizei, die der verlängerte Arm der Regierung ist. Die Geschichten, die die Leiterin von al-Nadeem erzählt, zeichnen ein apokalyptisches Bild: Die Geschichte von Khaled Meselhi, dessen lebloser Körper mit entstelltem Gesicht in einem Sarg der Familie gebracht wurde. Jene von Ahmed, im Gefängnis von Tora, der von einem Offizier gefoltert worden sein soll. Er musste ein Getränk aus Wasser, Öl, Spülmittel und Tabak trinken. Die Geschichte des Sicherheitslagers al-Chalal in Assuan, berüchtigt für seine Folterkammer. Das Schicksal von Asser Mohamed, Mazen Mohamed, Atef Farag. Sie haben ausgesagt, dass sie geschlagen, mit Elektroschock traktiert und sexuell missbraucht worden seien. Die Liste ist

«Die Auswüchse dieser Militärdiktatur haben den Traum von der Demokratie in Ägypten in einen Albtraum verwandelt.»

Seit dem Militärputsch von 2013 sei die Lage in Ägypten noch schlimmer als unter Mubarak, sagt Aida Seif al-Dawla.

lang. Al-Nadeem hat allein für 2016 mehr als 700 Fälle von Folter und Verschwindenlassen dokumentiert.

Kein Dialog | Auch die ägyptische Presse hat festgestellt, dass die Zahl von Todesfällen in Haft und generell die Zahl der Häftlinge gestiegen ist seit dem Militärputsch gegen Mohammed Mursi im Juli 2013. Ende 2015 zählte man 42 000 Verhaftungen, die im Kontext der Repression gegen die Muslimbrüder stehen. Verschwindenlassen ist ein Instrument der Einschüchterung geworden. Wer sich gegen die Politik von al-Sisi stellt, wird des Terrorismus angeklagt. Aida Seif al-Dawla stellt vielfältige Angriffe auf die menschliche Würde fest. «Folter wird verwendet, um Geständnisse und Zeugenaussagen zu erpressen. Aber auch, um die Opfer zu erniedrigen – einfache und häufig arme Leute. Die Situation ist sogar noch schlimmer als unter Mubarak. Mit dem Militär gibt es keinen Dialog. Wer den Mund aufmacht, wird zum Verschwinden gebracht. Aber am Schlimmsten ist die Einsicht, dass wir nicht auf die Justiz zählen können.» Der arabische Frühling ist weit weg. «Die Revolution war eine so schöne Sache, ein Traum von der Demokratie... Was für eine Verschwendung! Die Furcht hat gewonnen. Alle haben einen Aufpasser im Kopf», beklagt Aida Seif al-Dawla. «Was wir erhofft hatten, war Veränderung. Ein bisschen Demokratie, viel Gerechtigkeit, ein normales Leben.»

Nur ein erster Schritt

Der Friedensprozess in Kolumbien muss noch einige Hindernisse überwinden. Berenice Celeita, die Präsidentin der Menschenrechtsorganisation Nomadesc, spricht im Interview über die Gründe für das Scheitern des Friedensvertrags an der Urne und darüber, was es für einen tragfähigen Frieden wirklich brauchen würde. Interview: Cristina Ruiz-Gonzalez

► **AMNESTY:** Was sind in Ihren Augen die Gründe dafür, dass die kolumbianische Bevölkerung das Friedensabkommen in einer Abstimmung ablehnte?

◀ **Berenice Celeita:** Die Menschen trauen den Politikerinnen und Politikern nicht. Deshalb gehen sie auch nicht wählen. Dass sich 22 Millionen Stimmberechtigte der Stimme enthalten haben, zeigt ganz klar, dass das Thema Demokratie in Kolumbien nicht existiert. Stattdessen gibt es eine starke Tradition von Korruption, Bedrohung und Verfolgung bei Wahlen. Ein anderer Punkt sind die fehlenden Informationen über den Inhalt der Verträge. Die Regierung hatte nie Interesse, die Zivilgesellschaft wirklich an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu lassen. Nur auf Druck hin fügte sie kurz vor Vertragsunterzeichnung noch ein Kapitel zu den ethnischen Gemeinschaften ein.

► **Welche Akteure hätten in den Friedensprozess besser eingebunden werden sollen?**

◀ Ich glaube, dass der Verhandlungstisch in Havanna nur zwei Beine hatte und deshalb nicht stabil war: Vertreten waren nur die Farc-Guerilla und der Staat. Das dritte Bein hätte die Zivilgesellschaft in ihren unterschiedlichen Organisationsformen bilden sollen. Ich spreche von den Indigenen und den bäuerlichen Gemeinschaften, die in der Vergangenheit Vorschläge für den Frieden vorgebracht hatten, und von der Bewegung der Opfer



«Frieden wird im Alltag aufgebaut»: Demonstration in Bogotá, September 2016.

von Verbrechen des Staates. Das vierte Tischbein sind die anderen Rebellen: die ELN und die EPL (Nationale Befreiungsarmee und Volksheer der Befreiung, Anm. der Red.), die nicht in die Verhandlungen miteinbezogen wurden. Deshalb ist es zum bedauerlichen Ergebnis bei der Abstimmung gekommen.

► **Wie beurteilen Sie den Vertrag, den die Regierung und die Farc-Rebellen danach ausgehandelt haben?**

◀ Das war ein Verfahren im Schnell-durchlauf. Der neue Vertrag lässt Verbrechen ungestraft und schützt Ex-Präsidenten, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind. Auch ranghohe Mitglieder des Militärs bleiben vor Bestrafung geschützt. Wir glauben, dass keine Gesellschaft Frieden finden kann, wenn der Friedensprozess nicht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung basiert.

► **Es war viel die Rede von den Verbrechen, welche von den Rebellengruppen wie der Farc begangen wurden, aber weniger von der Verantwortung der paramilitärischen Gruppen oder der staatlichen Akteure. Wie sehen Sie die Situation?**

◀ Die Seite des Staats geht eher straffrei aus, das betrifft ranghohe Militärs und offensichtlich auch die Paramilitärs. Der Paramilitarismus funktioniert in Strukturen, die für den Staat arbeiten, die seine Zustimmung genießen und von ihm finanziert und ausgebildet werden. Jetzt, wo die erste Phase der Umsetzung des Vertrags zwischen der Farc und der Regierung läuft, werden die Paramilitärs stärker.

► **Welche Schritte sind nötig für einen dauerhaften Frieden?**

◀ Die Entwaffnung der Aufständischen kann der Beginn des Friedensprozesses sein, aber sie stellt nur den ersten Schritt dar. Die Zivilgesellschaft fordert, dass auch die strukturellen Ursachen des Konfliktes angegangen werden müssen, nämlich die aktuellen Modelle in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Sicherheit. Solange die Regierung nicht bereit ist, diese Aspekte miteinzubeziehen, kann auch nicht von Frieden gesprochen werden. Angesichts des tiefen Entwicklungsstandes der Demokratie muss die Teilnahme an politischen Prozessen verstärkt werden. Auch die Wirtschaft, besonders in Bezug auf Energie und Minen, muss unter die Lupe genommen werden. Ein grosses Problem ist die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen auf Gebieten, wo die ursprünglichen Bewohnerinnen und Bewohner vertrieben wurden.

► **Sie waren im März in der Schweiz auf Vortragstour, gemeinsam mit einem Vertreter einer Organisation aus Guatemala. Welche Lehren kann Kolumbien aus dem Friedensprozess in Guatemala ziehen?**

◀ Eine der wichtigsten Erkenntnisse ist: Der Staat muss die Verantwortung, die

ihm in diesem Konflikt zukommt, übernehmen. Wenn er das nicht tut, dann ist das Fundament eines kurzfristigen Friedens auf Lügen gebaut. In Guatemala, so sagte mein Co-Redner, sei die Strafflosigkeit geblieben, die sozialen Probleme wurden nicht gelöst. Im Gegenteil, sie verschärfen sich. Man könnte meinen, dass ein Friedensprozess nach 20 Jahren Resultate zeigen müsste. Es ist klar, dass es ein langer Weg ist. Aber ein paar Verbesserungen im Justizsystem könnte man schon erwarten.

► **Zum Schluss eine persönliche Frage: Welche Opfer müssen Sie als Menschenrechtsverteidigerin in Kolumbien erbringen?**

◀ Der Einsatz für die Menschenrechte kennt keine Bürozeiten. Ich muss jederzeit verfügbar sein. Auch wenn wir Kaffee trinken gehen, so sprechen wir über die Menschenrechte. Ein normales Familienleben ist daneben schwierig. Ein zweiter Punkt ist die Bedrohung, der wir permanent ausgesetzt sind. Sie macht dich auf der einen Seite stark, auf der anderen Seite unterscheidet sie dich von allen anderen. Und sie verfolgen nicht



Berenice Celeita ist seit 30 Jahren für die Menschenrechte in Kolumbien aktiv.

nur dich, sondern auch deine Familie. Selbst meine Mutter wurde gezwungen, aus ihrem Haus auszuziehen. Kraft und Hoffnung finde ich trotz allem in den Gemeinschaften, im kolumbianischen Volk und in allen Völkern der Welt, die für Frieden kämpfen. Frieden wird Stück für Stück im Alltag aufgebaut.

Mitarbeit: Iris Bischoff

Frieden mit Hindernissen

Ein historischer Moment nach über 50 Jahren Krieg, der mehr als 220 000 Menschen das Leben gekostet hat: Am 30. November 2016 ratifizierte der kolumbianische Kongress eine überarbeitete Version des Friedensabkommens zwischen den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (Farc) und der Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos. Es sieht die Demobilisierung und Entwaffnung der Farc vor. Für dieses Abkommen waren allerdings Nachverhandlungen nötig. Denn eine erste Version des Vertrags, der in Havanna unterzeichnet worden war, fiel beim Volk durch: Am 2. Oktober 2016 stimmte eine knappe Mehrheit Nein zum Friedensvertrag. Die zweite Version wurde dem Volk nicht mehr zur Abstimmung vorgelegt. Nach Beginn der Umsetzung dieses Abkommens nahm die Regierung Verhandlungen mit der kleineren Rebellengruppe Nationale Befreiungsarmee (ELN) auf. Deren Ausgang ist noch ungewiss.

Trotz Friedensprozess ist der Konflikt in vielen Teilen des Landes immer noch präsent. Für MenschenrechtsaktivistInnen, insbesondere für indigene Leader und LandrechtsaktivistInnen, bleibt die Lage gefährlich. Amnesty International dokumentiert in manchen Teilen des Landes einen Anstieg von Gewalt durch Gruppen, die sich als Paramilitärs identifizieren. Der Staat beteuert zwar, dass die Paramilitärs vollständig demobilisiert seien, doch die Realität spricht eine andere Sprache.

(cas.)

Rätsel Eritrea

Das Buch des Afrika-Experten Hans-Ulrich Stauffer hinterlässt gemischte Gefühle.

Von Boris Bögli



Ein Fischer zieht sein Netz ein, direkt gegenüber dem ehemaligen Palast, der zuletzt vom äthiopischen Kaiser Haile Selassie genutzt wurde. Der Palast wurde im Befreiungskrieg zerstört und ist eine Ruine, die als Symbol des Sieges Eritreas über Äthiopien so stehen gelassen wird.

Über kaum ein anderes Land gibt es derart widersprüchliche Berichte wie über Eritrea. Die Uno und Amnesty International melden schwere Menschenrechtsverletzungen – Folter, willkürliche Inhaftierung, sklavenähnliche Zustände im umstrittenen «Nationaldienst». Die Regierung des Landes, aus dem monatlich Tausende Menschen fliehen, bestreitet die Vorwürfe, Unterstützer im Westen zumindest das Ausmass.

Hans-Ulrich Stauffer hat Eritrea mehrfach bereist, erstmals während des Befreiungskampfes gegen Äthiopien in den 1980er-Jahren. In «Eritrea – der zweite Blick» gibt der Jurist Eindrücke seiner Besuche wieder, fasst Gespräche mit BürgerInnen und RegierungsvertreterInnen zusammen und geht auf Geschichte, Ge-

sellschaft sowie Wirtschaft Eritreas ein. Am eindrucklichsten sind Stauffers Schilderungen über den eritreischen Befreiungskampf. Etwa, wie die von den Supermächten im Stich gelassene Rebellenbewegung geheime Spitäler und Fabriken in die Hügel gegraben hat, wie sie den Nachschub aus dem Sudan organisierte, wie KämpferInnen die Stellung der eritreischen Frau revolutionierten. Er lässt uns den Festtag beim Einmarsch der UnabhängigkeitskämpferInnen in Asmara 1991 wiedererleben. Plausibel begründet er, warum die ehemaligen Rebellen für den Wiederaufbau des Landes den «Nationaldienst» eingeführt haben.

Der Mitherausgeber des «Afrika-Bulletins» bestreitet weder, dass Langzeit-Präsident Isayas Afewerki ein autokratischer Herrscher ist, noch dass ein massives Demokratiedefizit herrscht – das Parlament hat seit 2001 nicht mehr getagt. Er räumt Rechtsunsicherheit und fehlende Pressefreiheit ein. Aber er macht es sich wohl zu einfach, wenn er den blutigen Grenzkrieg mit Äthiopien 1998-2000 und die wiederkehrenden äthiopischen Drohungen als Rechtfertigung heranzieht. Ein zweiter Argumentationsstrang Stauffers sind die unbestrittenen sozialen Fortschritte der letzten 25 Jahre. Was sei falsch daran, wenn die Regierung Ernährungssicherheit, Gesundheitsversorgung, Alphabetisierung oder Wiederaufforstung zeitweise höher gewichte als individuelle Rechte westlicher Prägung, fragt er. Kaum zur Sprache kommt die Kehrseite des faktisch unbefristeten (militärischen und zivilen) «Nationaldienstes»: Das Fehlen der jungen Männer und Frauen auf den heimischen Höfen, ihre Perspektivlosigkeit und der «Brain Drain» durch Massenflucht.

Zu Recht kritisiert Stauffer plakative «Nordkorea-Vergleiche». Bei seiner Skepsis an den internationalen Menschenrechtsberichten widerspricht er sich allerdings selbst: Die Schweizer ParlamentarierInnen-Delegation, die 2016 Eritrea besucht hat, nimmt er gegen den Vorwurf der «Naivität» in Schutz. Dieselbe Naivität unterstellt er aber den geschulten RechercheurInnen von Uno und Amnesty, weil diese «nur» mit Exil-EritreerInnen sprechen konnten, und macht einen schiefen Vergleich: «Das ist, als würde man die in Miami ansässigen kubanischen Oppositionellen über die Lage auf der Zuckerinsel befragen.» Aus Stauffers Buch können zweifellos interessante Erkenntnisse über Eritrea gewonnen werden. Es muss sich aber auch einen «zweiten Blick» gefallen lassen. |



Hans-Ulrich Stauffer: *Eritrea – der zweite Blick*. Rotpunkt-Verlag, Zürich 2017, 230 Seiten.



Grosse Träume

Von der Skateboard-Trainerin bis zur Graffiti-Künstlerin: Ein illustriertes Buch versammelt 20 Porträts von ungewöhnlichen Frauen aus Afghanistan. Von Ulla Bein

Es ist nur schwer vorzustellen, dass Afghanistan in den frühen 1970er-Jahren, als Nahid Shahalimi auf die Welt kam, ein kulturell und politisch aufgeschlossener Vielvölkerstaat war. Eine grausame Abfolge von Ideologien, Kriegen und Terror hat das Land seitdem bestimmt.

Das Afghanistan ihrer Kindheit, das Potenzial an Mut, Menschlichkeit und Herzenswärme, wollte Nahid Shahalimi, die als Zwölfjährige mit ihrer Mutter fliehen musste, wiederfinden. Dazu reiste sie seit 2014 mehrmals im Jahr in das Land, zu Begegnungen mit besonderen Menschen, vor allem aussergewöhnlichen Frauen. Um ihre Interviews zu führen, nahm sie enorme Risiken auf sich. Mancher Termin musste aus Sicherheitsgründen verschoben werden.

Ihr Mut wurde jedoch belohnt, Nahid Shahalimi betont wiederholt die ausserordentliche Herzlichkeit und Gastfreundschaft ihrer Interviewpartnerinnen. Entstanden sind 60 Porträts von Frauen, von denen 20 in diesem Buch Aufnahme gefunden haben. Sei es die Graffiti-Künstlerin Shamsia, die Skate-

board-Trainerin Haifa oder die Kommandantin Kaftan «Pigeon», sei es die Kraft, die aus Musik oder aus Sport gezogen wird – beides in Afghanistan für Frauen oder generell verboten: Manch eines dieser Leben wäre auch in westlichen Zusammenhängen ungewöhnlich. Es ist die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, auf Frieden und Bildung, auf Gleichberechtigung und Freiheit, die allen Porträtierten gemein ist. Sie tun die ersten Schritte, damit diese Vorstellung Wirklichkeit wird.

Nahid Shahalimi lebt heute in München und verbindet ihr humanitäres Engagement mit künstlerischen Aktivitäten. Ihr Buch hätte durch ein sorgfältigeres Lektorat an Aussagekraft gewinnen können. |



Nahid Shahalimi: *Wo Mut die Seele trägt*. Wir Frauen in Afghanistan. Elisabeth Sandmann Verlag, München 2017, 160 Seiten.

Theater

Abwechslungsreich

Im Theaterstück «Niemandland» von Regisseurin Christine Ahlborn schlüpft die Schauspielerin Tiziana Sarro in die verschiedensten Rollen. Sie berührt als Ruha, eine syrischen Flüchtlingsfrau, die verzweifelt nach ihrer Tochter sucht, ebenso wie als engagierte Men-



schenrechtsanwältin. In der Rolle der «Liberty» klärt sie das Publikum schockungslos über die Hintergründe von Folter und verdeckter Kriegsführung auf und als bodenständige Putzfrau

Silvia Ziegerli erläutert sie unbefangene komplizierte politische und ökonomische Zusammenhänge.

Spieldaten: Jeden letzten Dienstag im Monat: 27. Juni, 29. August, 26. September, 31. Oktober, 28. November.

Spielort: Amnesty International, Speichergasse 33, Bern, jeweils um 19.00 Uhr, Einlass 18.45 Uhr.

Anmeldung: Über www.amnesty.ch/veranstaltungen oder per Telefon 031 307 22 22

Konzert

Wider die Unmenschlichkeit

Der BernChor21, ein Vokalensemble für neuere Musik, singt eindruckliche Chorwerke von Louisa Lasdun, Hanns Eisler und Rudolf Mauersberger, welche unmenschliches Handeln anprangern. Kontrastierend dazu kommen aufmunternde Lieder aus aller Welt zur Auf-



Samstag, 10. Juni 2017, 19.00 Uhr, Johanneskirche Zürich

Sonntag, 11. Juni 2017, 17.00 Uhr, Heiliggeistkirche Bern

www.bernchor21.ch

**FREIHEIT IST DER WERT,
DER BLEIBT**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Was Ihnen heute wichtig ist, soll morgen nicht vergessen werden. Mit einem Testament können Sie vieles regeln und selber bestimmen. Ich berate Sie persönlich, vertraulich und kostenfrei. Sie erreichen mich unter 031 307 22 69 oder per E-Mail an cvongunten@amnesty.ch. Gerne können Sie bei mir auch gratis Ihren Ratgeber zur Nachlassplanung bestellen. Ich bin für Sie da!

Ihre Chantal von Gunten Graf

Rap against Rape

Hip-Hop ist Macho-Musik? Nicht für Rebeca Lane. Die Sängerin aus Guatemala-Stadt rappt gegen sexualisierte Gewalt, für die Rechte der Frauen und über die Verbrechen des Bürgerkriegs – in einem Land, das eine der weltweit höchsten Raten an Frauenmorden aufweist. Von Daniel Bax

Wenn Rebeca Lane irgendwo ein Konzert gibt, wo sie noch nie zuvor aufgetreten ist, ob vor Studierenden in den USA oder in einem Club in Berlin, dann bietet sie vor Beginn gern einen Workshop an, um über die aktuelle Situation in Guatemala zu informieren. «Ich möchte meine Musik in einen Kontext setzen», erklärt sie nach ihrem ersten Auftritt in Berlin im Foyer ihres Backpacker-Hotels. «Und dazu gehört, dass Zentralamerika für Frauen eine der gefährlichsten Gegenden der Welt ist. Guatemala weist eine der höchsten Raten an Frauenmorden weltweit auf.»

Tough und intellektuell | Rebeca Lane ist klein und hat schwarze Locken, trägt einen Nasenring und Tätowierungen auf Armen und Beinen, häufig einen Trainingsanzug und manchmal eine Brille. Damit wirkt sie zugleich street tough und intellektuell, und das ist sie auch, denn die 32-Jährige ist nicht nur Rap-Poetin und Aktivistin, sondern auch studierte Soziologin. Mit ihren Songs erhebt sie die Stimme gegen diese geschlechtsspezifische Form der Gewalt, für die es heute sogar ein eigenes Wort gibt: Femizid.

«Ich war bloss ein Hip-Hop-Fan, der an Festivals teilgenommen und sich viele Jahre in der Szene engagiert hat», erzählt sie. «Dann habe ich Soziologie studiert und Essays über die Hip-Hop-Kultur verfasst, bekam eine eigene Radio-Sendung,

und so wurde ich bekannt.» Doch seit sie sich als Feministin bezeichnet, wird sie von der Hip-Hop-Community in Guatemala geschnitten und nicht mehr auf deren Festivals und Events eingeladen. Dafür erfährt sie viel Zuspruch von Frauengruppen, Feministinnen und dem Rest der Musikszene. «Auch im Ausland habe ich viele Fans, bekomme viel Liebe und Aufmerksamkeit», sagt Rebeca Lane.

Bekannt wurde Rebeca Lane mit dem Song «Cumbia de la Memoria», der an die Verbrechen während des 36 Jahre wütenden Bürgerkriegs und die Massaker an der indigenen Maya-Bevölkerung

erinnert. Obwohl der Bürgerkrieg in Guatemala offiziell 1996 endete, sind diese Verbrechen nie aufgearbeitet, geschweige denn gesühnt worden. Auch eine Tante von ihr wurde 1981 entführt und blieb seitdem verschwunden. Der Song findet sich auch auf ihrem neuen Album «Alma Mestiza» («Mestizo-Seele»), neben Emanzipationshymnen wie «Este cuerpo es mío» («Dieser Körper gehört mir») und der Reggae-Ballade «Desapericidxs», einer Ode an die «Verschwundenen». Bewusst greift Rebeca Lane für ihren melodischen Hip-Hop auf indigene und andere lokale Einflüsse zurück. «Ich bringe das afro-lateinamerikanische Erbe zurück in die Hip-Hop-Musik», erklärt sie selbstbewusst. «Wir haben in Lateinamerika eine so reiche Tradition, unsere ganze Musik ist eine Musik des Widerstands.»



Rebeca Lane: Alma Mestiza (Mi Cuarto Studios)



Erlebtes nimmt Gestalt an

In einem Workshop gestalten geflüchtete Frauen Skulpturen. Bei der kreativen Arbeit können sie zu innerer Stärke finden. Die Werke sind im Juni in Bern zu sehen. Von Beat Gerber



Der Workshop «Starke Frauen» bietet einen sicheren Raum für Austausch und Kunst.

«Zuerst ist da nur ein Boot mit Menschen. Manche knien und beten, andere blicken erwartungsvoll in die Ferne.» Fawaed Abdin überlegt lange, dann formt sie am Bug der Ton-Skulptur einen Baum. «Das ist die Hoffnung», sagt die Syrerin, die alleine mit ihren zwei Kindern vor dem Krieg in die Schweiz geflüchtet ist und seither versucht, nicht mehr nur zu überleben, sondern auch ein neues Leben in der Fremde aufzubauen.

In einem Atelier im zweiten Stock des Berner Kulturzentrums Progr treffen sich seit April wöchentlich Frauenflüchtlinge, um an Skulpturen zu arbeiten. Sie kommen aus Ländern wie Syrien, Afgha-

nistan, Irak, Aserbaidschan, dem Iran oder der Türkei und haben ganz unterschiedliche Biografien. Manche waren bereits in ihrer Heimat künstlerisch tätig. Für andere ist es eine neue Erfahrung. Was die Frauen verbindet, sind die Fluchterfahrung und die Herausforderungen der Integration in der Schweiz.

Unter Schwestern | «Gerade für Frauen aus muslimischen Ländern ist die Nähe zu Männern in der Öffentlichkeit, wie sie hier üblich ist, ungewohnt. In diesem Raum aber können sie sich frei entfalten. Sie sind gewissermassen unter Schwestern», sagt die angehende

Kunsttherapeutin Tanja Gasser. Sie hat zusammen mit ihrer Studienkollegin Beatrice Pulver den Workshop «Starke Frauen» initiiert.

«Wir bieten den geflüchteten Frauen einen sicheren Raum, wo sie sich austauschen können und über das Gestalten zu innerer Stärke finden», erklärt Beatrice Pulver. «Im Moment, da die Frauen beginnen, kreativ zu arbeiten, entsteht eine Stille. Dann kommt plötzlich Erlebtes hoch und nimmt Gestalt an. Es findet nicht mehr nur im Kopf statt, sondern wird mit den Händen neu geschaffen.»

Sie und ihre Kollegin arbeiten ehrenamtlich. Der Kurs ist für die Teilnehmerinnen gratis. Den Raum zur Verfügung stellt das «Kreativ-Asyl». Unter diesem Namen bietet der Progr seit Sommer letzten Jahres geflüchteten Kunst- und Kulturschaffenden die Möglichkeit, ihre Arbeit weiter auszuüben und sich professionell zu vernetzen.

Rund ein Dutzend Maler, Musiker, Schauspielerinnen und Filmemacherinnen haben das Angebot bislang genutzt. Neben den Mietkosten für die Ateliers steht auch etwas Geld für Material und Reisekosten zur Verfügung. Das Budget von rund 60 000 Franken reicht laut der Projektleitung noch rund ein Jahr. Dann muss eine Anschlussfinanzierung gefunden werden. «Kreativ-Asyl» ist als eines von zwei Siegerprojekten aus dem Ideenwettbewerb für den Kunstpreis der Burgergemeinde Bern hervorgegangen, der im Jahr 2012 an den Progr verliehen worden war. |

Die Skulpturen der Frauenflüchtlinge werden in der Ausstellung Inside/Outside Art 2017 vom 10. Juni bis 8. Juli im Kulturpunkt Progr zu sehen sein, Speichergasse 4, 3011 Bern.

kultur-punkt.ch/insideoutsideart

| Mehr Infos zum «Kreativ-Asyl»: kreativ-asyl.ch

LANGE NÄCHTE MIT BINGO



Die Zürcher Autorin Annette Hug erhielt den Schweizer Literaturpreis 2017 für ihren Roman «Wilhelm Tell in Manila». Sie hat in Zürich Geschichte, in Manila Women's Studies studiert. Nun macht sie den Auftakt zu unserer neuen Kolumnen-Reihe an dieser Stelle des Magazins.

An einer Totenwache Bingo zu spielen, ist eine gute Sache. Fünf Nächte sind zu lang, um still herumzusitzen. Da hält Bingo die Gäste bei Laune. Aber viel wichtiger ist, dass immer jemand wach bleibt. Sonst würde die Seele des Toten von Geistern geholt. Also trägt die Spielführerin ihre Bingo-Zahlen mit lustigem Akzent vor, streut oft noch einen Witz ein, alle lachen, das vertreibt die Geister und den Schlaf. Und es kommt ein wenig Geld zusammen. Die Einsätze sind nicht hoch, aber die Nächte lang. Pro Runde wandern vier Pesos in die Kasse. «Für unsern lieben Bruder», murmelt manchmal einer und hebt den Blick zum Sarg. Die Angehörigen müssen sich für das Geld nicht bedanken. Man weiss, dass sie froh sind um jeden Zuspuf an die Beerdigungskosten.

Der «liebe Bruder» hiess Harven und ist an einer Lungenentzündung gestorben. Gerade mal 30 Jahre alt ist er geworden. Sein Tod ist ein kleiner Skandal, der aber keine Wellen schlägt, wenn jede Nacht Leute erschossen werden. Seit der philippinische Präsident Duterte einen «Krieg gegen Drogen» ausgerufen hat, geniessen Polizei und Killerkommandos Straffreiheit. Mysteriöse Listen von Drogenhändlern und Konsumenten zirkulieren, die Verdächtigen werden nachts getötet. Alle paar Wochen droht Duterte, auch Menschenrechtsaktivistinnen zu verfolgen, Menschenrechte seien den Filipinos nämlich fremd.

Im Februar, an Harvens Totenwache, kamen ganz unterschiedliche Leute. Die Runde der Bingospielenden setzte sich oft neu zusammen und es zeigte sich, dass nicht alle von denselben Regeln ausgingen. Welche Zahlenkombinationen auf dem kleinen Rechteck zählten als «Bingo»? Nur die mittleren Diagonalen oder auch die kürzeren? Einer wollte kleine Dreiecke als Gewinn anmelden, was Protest auslöste. Der Bruder des Toten sass lachend daneben und rief: «Ich spiele da nicht mit. Ihr seid euch nicht einig, was gilt. Das wird bös enden!»

Zum Glück schwang sich eine Frau immer neu zur Spielführerin auf und hielt die Regeln lauthals fest. Allen leuchtete ein, dass das nötig war, und die Spielführerin hielt sich selbstverständlich an die Regeln, die sie selber verkündet hatte. Das Spiel konnte weitergehen.

Und während immer mehr Münzen in die Kasse klimpten, dachte ich: Duterte greift mit seinem Krieg nicht nur die Menschenrechte an, sondern auch ein viel älteres Prinzip. Die Magna Charta vielleicht oder die zehn Gebote, die simple Idee jedenfalls, dass Gesetze für alle gelten, auch für die Herrschenden, weil sonst alles aus dem Ruder läuft. Und weil das den meisten Leuten einleuchtet, halten sie sich an Regeln und Gebote, auch in Manila. Das Leben geht hier seinen normalen Gang, während die Polizei weiter mordet. |

«HARVENS TOD IST EIN KLEINER SKANDAL, DER ABER KEINE WELLEN SCHLÄGT, WENN JEDE NACHT LEUTE ERSCHOSSEN WERDEN.»



SETZEN SIE SICH MIT AMNESTY FÜR DIE MENSCHENRECHTE EIN

AKTIV IN EINER GRUPPE

Überall in der Schweiz setzen sich Menschen mit Amnesty International ein. Auch in Ihrer Region. Weitere Informationen finden Sie auf www.amnesty.ch/mitmachen.

MIT EINER SPENDE

Ihre finanzielle Unterstützung, sei es mit einer einmaligen oder mit einer regelmässigen Spende, bringt die Menschenrechte voran. Sie finden einen Einzahlungsschein in der Beilage.

**BESTELLEN SIE KOSTENLOS
DEN E-NEWSLETTER AUF
WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER**

ONLINE

Unter www.amnesty.ch/action finden Sie aktuelle Informationen zu unseren Aktivitäten und diverse Möglichkeiten, sich mit uns zu engagieren.

MIT EINEM LEGAT

Mit einer Erbschaft oder einem Legat an Amnesty International setzen Sie ein Zeichen für die Zukunft der Menschenrechte. Frau Chantal von Gunten Graf informiert Sie dazu gerne persönlich. Telefon 031 307 22 69 oder cvongunten@amnesty.ch.



AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33
contact@amnesty.ch . www.amnesty.ch
PG: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8